

volle, erklärt die „Nationalztg.“ auf Grund zuverlässiger Informationen für freie Erfindung. —

Die Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft haben beschlossen, für die Beseitigung der Institution der Geschäftsferien einzutreten. —

Privattelegramme melden, daß im galizischen Landtage eine Kundgebung gegen die bekannte Marienburger Rede des deutschen Kaisers und gegen Wilsons Herrenhausrede erfolgen soll. —

Stadtrat Kaufmann hat eine Wiederwahl zum Reichstag abgelehnt, so daß die freisinnigen Wähler der Stadt Biegnitz bereits einen neuen Kandidaten ernannt haben. —

Schade! Durch die Witterung geht eine Notiz, daß der Reichskanzler am letzten Tage der Reichstagsession für den Fall der Ablehnung der Brüsseler Konvention die kaiserliche Ermächtigung zur Schließung des Reichstags in Bereitschaft gehabt habe. Die unerwartet große Mehrheit, die sich schließlich für die Konvention herausstellte, erklärt sich auch zum Teil dadurch, daß die agrarischen Parteien unter dem Druck der Befürchtung standen, es könne die Session geschlossen werden. — Schade, daß es nicht zur Schließung gekommen ist, denn dann wäre auch der Zollarsenwurf erledigt gewesen und wir ständen bereits mitten in einer frischen und fröhlichen Wahltagitation. —

Neues vom „Führer der nationalen Parteien.“ Während alle antisemitischen Blätter, auch u. a. die in Magdeburg erscheinende „Sachsenchau“, immer weiter vom Grafen Bückler abrücken, hält die Berliner „Staatsbürgerzeitung“ wie einst an dem hofengesessenen Rektor Althaus an dem strohdachgestrichelten Junker Bückler. Sie veröffentlicht folgendes Telegramm ihres gräflichen Inspektors:

„Ich bitte, folgenden Passus in Ihre Zeitung aufnehmen zu wollen:

Gleich nach der Sitzung habe ich dem Sanitätsrat Dr. Neumann eine Pistolenforderung überreicht, welche derselbe jedoch ausgeschlagen hat. Der Mann kann wohl anständige Leute beleidigen, hat jedoch nachher nicht den Mut, für diese seine Worte einzutreten. Ich erkläre daher der Dr. Neumann in Gegenwart öffentlicher für einen . . .

Graf Bückler „Klein-Tschirne.“ Die auspunktieren Schlussfolgerungen hat das Blatt aus pressgesetzlichen Gründen nicht gebracht. Wie die „Post“, 3tg.“ erfährt, hat Graf Bückler dem Geheimen Sanitätsrat Neumann die Forderung durch seinen Gutssinspektor Kirchner, der wegen der Zerstörung der Feldbahn zu vier Wochen Gefängnis verurteilt worden ist, überbringen lassen. Dr. Neumann ist Oberstabsarzt a. D., ein Mann von siebzig Jahren, den das Eisene Kreuz schmückt. Ob das Blogauer Gericht nunmehr nicht doch nachträglich noch bedauert, daß es abgelehnt hat, den Angeklagten Bückler auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen? Im übrigen wird dieser verurteilte Graf doch bald unschädlich gemacht werden müssen. —

Die Extraausgabe der „Staatsbürgerzeitung“ vom 7. Juni, die die letzte Rede des Grafen Bückler in Berlin enthält und von diesem selbst verantwortlich gezeichnet war, ist auf Grund des § 130 des Strafgesetzbuches (Anreizung zu Gewaltthätigkeiten) durch Gerichtsbeschluss polizeilich beschlagnahmt worden. —

Oesterreich.

Im galizischen Landtag

Wichtige Landmarschall Graf Potocki eine Reihe von Vorlagen, darunter entsprechende sozialpolitische Gesetze und Vorschläge an, damit so irrationale Ereignisse wie unlösliche der letzten Arbeitslosigkeit in Lemberg verhütet werden. —

Genelleton.

Die Erbschleicherinnen.

Roman in zwei Bänden von Ernst von Wolzogen.

(65. Fortsetzung.)

Rudi kramte vor Wut und das schlimmste war, er fühlte sich in diesem Augenblick so schwach, daß er mit nicht eben wichtiger Wichtigkeit Platz zu nehmen genötigt war. Er schmeckte und würgte, und dann sprach er mit Anstrengung aller Kraft auf die Füße und ließ heißer hervor: „Wenn Sie sich weigern, sind Sie ein Feigling.“

Gregor brauchte auf: „Sie sind ein . . .“ Aber er heizte sich. Nachdenklich drehte er ein kleines Weichlein seine Schurzbarthaupen zwischen den Fingern, dann zog er seine Uhr hervor und sagte lächelnd, aber entschieden: „Sie entschuldigen, mein Herr, ich pilgere um diese Stunde zu spazieren. Wenn Sie mir erwachsene Zeugen schicken können, so stelle ich zu Ihrer Verfügung. Erwachsene, bitte. — In Ihre Frau Mutter werde ich schreiben, mich zu entschuldigen.“

Rudi war schon an der Thür gewesen, aber das Wort ließ ihn in die Stille. Er holperte zwei Schritte vorwärts und erhob bittend die beiden Hiesigen. „Sie werden doch nicht meiner Mama . . .“ kammelte er, seine Augenlein weit aufreißend: die würde es ja nie erlauben — ich wollte sagen natürlich — niemand kann mich hindern, meine Pflicht zu thun; aber meine Mama — natürlich . . . Wenn Sie das thun, dann — hm — aber Sie werden das nicht thun!“ Er warf seinem mitleidigen lächelnden Gregor noch einen halb drohenden, halb bittenden Blick zu und dann kammelte er hinaus und so rief ihm seine schlottigen Kniee zagen wollten, die Treppe hinunter.

Er kehrte in der nächsten Deffille ein und genoh einen Cognac, wodurch er einigermaßen wieder im Besitz seines Selbstbewußtseins gelangte. Auf dem langen Heimwege hatte er Zeit genug zu überlegen, was von seinen Befehlen er auffordern konnte, ihm in seinem Ehrenhandel zu helfen. Die Kommissionen der Obersekunda, von denen es

Frankreich.

Die progressive Einkommensteuer.

Doumers Wahl zum Vorsitzenden des Steuer-Ausschusses gilt als Zeichen, daß eine Kammermehrheit für die progressive Einkommensteuer vorhanden ist. Da Koubier ihr Gegner ist, wird angenommen, daß Koubier nach der Durchführung verschiedener Finanzoperationen zur Sicherstellung des Budgets zurücktreten und durch Doumer ersetzt wird. („Magdeb. 3tg.“)

Kleine politische Nachrichten. Die Berliner Polizei sündet gegenwärtig eifrig nach einer in London in mehreren Sprachen herausgegebenen Broschüre „Der Generalstreik und die soziale Revolution“. — Die „Königliche Volkszeitung“ erklärt die Nachricht betreffs einer Pilgerreise preussischer Polen nach Rom, an deren Spitze der Erzbischof Stalenski sich befinden sollte, als völlig aus der Luft gegriffen. — Der Beigeordnete Wolff in Offenbach hat dem Stadtverordneten Theodor Böhm, der bekanntlich im April d. J. den Antrag auf vorläufige Amnestiegebung des Wolff eingebracht und begründet hatte, dieser Tage eine Forderung auf Pistolen überreicht. — Die Nichtigkeitsbeschwerde des Ausschusses Wolf gegen das bekannte Urteil, welches ihm 1 Jahr Gefängnis zubilligte, wurde vom höchsten Gericht des Staates verworfen. Der Gerichtshof stellte fest, daß die verfassungsmäßige Pressefreiheit keine Erlaubnis zur Anreizung zum Mord erteilt. — Ein Londoner Blatt meldet unter Vorbehalt, daß König Eduard an einem viel ernstern Uebel als einem Herpeschuh leide. Es sind höchst pessimistische Gerüchte in Umlauf. —

Gewerkschaftsbewegung.

Maurer. In Stuttgart ist die Beteiligung am Streik eine allgemeine. Die Zahl der Ausständigen beträgt über 1200. Streikbrecher sind fast gar nicht vorhanden. — In Sena mußte der Streik leider als verloren aufgegeben werden, weil die Fortsetzung des Kampfes völlig aussichtslos ist. — In Neumünster hat sich die Innung auf Ersuchen der Streikenden bereit erklärt, am 25. Juni in Unterhandlungen zu treten. —

Fabrikarbeiter. In Triest traten 450 Arbeiterinnen zwölf verschiedener Handelsfirmen und 40 Arbeiterinnen einer Seilereiwegen Lohnunterschieden in den Ausstand. —

Vergleute. In Rotherham in England waren am letzten Montag 40 000 Vergleute aus Yorkshire zu einer Demonstration gegen den Kornzoll, gegen die Schulvorlage und für Reform der Arbeiterversicherungen beisammen. —

Straßenbahner. In Neapel sind Unterhandlungen wegen Beilegung des Streiks im Gange. Die Drohkentuschter, welche sich mit den Straßenbahnern solidarisch erklärt hatten, haben die Arbeit größtenteils wieder aufgenommen. —

Schlächter. Auf dem Schlachthofe in Nizza haben die Schlächtergesellen die Arbeit niedergelegt. Sie verlangen Verminderung der Arbeitsstunden. —

Die Schadenersatzklage der ausgesperrten Werftarbeiter gegen die Firma Blohm u. Woff in Hamburg ist vom Hanseatischen Oberlandesgericht abgewiesen. Es handelt sich um den bekannten Prozeß, in dem die Kläger sich auf § 926 des Bürgerlichen Gesetzbuchs stützten, weil es ihnen durch den Aussperrungsbeschluss der Unternehmer unmöglich gemacht wurde, Arbeit zu finden. —

Vierter deutscher Gewerkschafts-Kongress.

G. Stuttgart, 21. Juni 1902.

(Fortsetzung aus der Beilage.)

Fünfter Verhandlungstag.

Abendigung.

Ehe das Thema über die Abgrenzung der einzelnen Organisationen angeknüpft wird, erhält Greber-Wien das Wort. Er berichtet, daß die ausländischen Vertreter mit der Generalkommission zu einer internationalen Konferenz zusammengetreten sind und Beschlüsse über drei wichtige Fragen

gefaßt haben. Es ist 1. eine Regelung der internationalen Streikunterstützung, 2. die Schaffung einer einheitlichen Statistik über die Entwicklung der Gewerkschaften in den verschiedenen Ländern, 3. die Schaffung einer Kontrolle für wechselseitige Verständigung über die sozialpolitische Gesetzgebung in den einzelnen Ländern beschlossen worden. Greber knüpft an diese Mitteilung den Dank der ausländischen Delegierten an den Kongress und das Stuttgarter Lokalkomitee.

Da die

Generalkommission

nach Berlin verlegt worden ist, so müssen Berliner statt der bisherigen Hamburger Weisiger gewählt werden. Die Berliner Delegierten aller Branchen haben eine Konferenz abgehalten und sind sich über die zu wählenden Personen schlüssig geworden.

Massini-Wien schlägt vor, die Mitgliederzahl der Generalkommission von 7 auf 9 zu erhöhen, und schlägt folgende Personen vor: Legien und Sabath wie bisher als bestellte Mitglieder, außerdem Cohen, Metallarbeiter, Frau Thier, Schumann, Handels- und Transportgewerbe, Silberstein, Baugewerbe, Sassenbach Lederindustrie, Hob. Schmidt Holzbranche und Böllin graphisches Gewerbe.

Zunächst werden hierauf diejenigen Anträge behandelt, die die

Abgrenzung der einzelnen Organisationen

behandeln. Es handelt sich in der Hauptsache um die Frage der Aufhebung oder Beibehaltung der auf dem Frankfurter Kongress beschlossenen Resolution Wuffe. Die Resolution Wuffe ermöglicht neben den großen Industrie-Verbänden Branchen-Organisationen gegenüber einem Beschluss des Halberstädter Kongresses, der den Organisationen die Zusammenhelligung zu Industrie-Verbänden empfahl.

Der Metallarbeiter-Verband beantragt die Aufhebung der Resolution Wuffe, wenigstens eine präzisere Fassung, während der Verband der Graveure beantragt, die Gewerkschaftsorganisationen zu verpflichten, diejenigen sich zum Eintritt verbindend, für welche eine Central-Verufsorganisation besteht, abzugeben und der zuständigen Centralorganisation zu überweisen. Das gleiche soll auch für die bisherigen Mitglieder gelten.

Hübner-Berlin verlangt die Aufhebung der Resolution Wuffe unter Hinweis auf die Leistungsfähigkeit der großen Verbände. Er bekämpft den Antrag des Verbandes der Graveure, der keine Organisation nur auf Kosten des Metallarbeiter-Verbandes stärken wolle.

Saube-Magdeburg (Unterstützungsverein der Kupferschmiede) befürwortet die Aufrechterhaltung der Resolution Wuffe. Es sei nicht wahr, daß diese die Entfaltung der großen Verbände hindere. Zahlreiche Verbände legten aber auch davon Zeugnis ab, daß neben den großen Verbänden leistungs- und ausbreitungsfähige Branchen-Organisationen existieren können. Die Aufrechterhaltung der Resolution Wuffe gewährleiste allein den Frieden innerhalb der einzelnen Gewerkschaften. Man werde schließlich zu Industrie-Verbänden kommen, aber man solle der Entwicklung nicht vorgehen und nicht künstlich gewisse Organisationen aufpöppeln. Unlauterer Wettbewerb sei doch nicht notwendig, wo doch noch so viel Raum für die Beschäftigung sei.

Cohen-Berlin wünscht die Aufhebung der Resolution Wuffe, mit der nach dem eigenen Urteil des Urhebers Mißbrauch getrieben werde.

Brücker-Berlin polemisiert gegen Cohen, die Resolution Wuffe sei notwendig. Der Metallarbeiter-Verband reklamiere die Graveure für sich, obwohl sehr viele Graveure nur Edelsteine, Elfenbein oder Knochen bearbeiten. Viel eher könnten sie Anspruch auf die Schriftgießerei machen, die „wirkliche Metallarbeiter“ seien. (Heiterkeit.)

Meißner-Stuttgart empfiehlt die folgende Resolution, da die Central-Verbände die bei der heutigen Industrieentwicklung gegebene Organisationsform darstellen:

Ausgehend von den Beschlüssen des Halberstädter Gewerkschafts-Kongresses betreffend die Industrie-Verbände, erklärt der 4. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands:

1. Angesichts der fortschreitenden Zentralisation der Produktionsmittel, der dadurch bedingten steigenden Verwendung ungelernter Arbeitskräfte und der infolge dieser Spezialisierung immer größeren Umfang annehmenden Arbeitsvereinigungen verschiedener Branchen im Großbetrieb, ist die Zusammenfassung der Arbeiter verwandter Branchen im Industrie-Verband die vorteilhafteste Form der Organisation.

Der Kongress erachtet daher die Zusammenfassung kleiner leistungsunfähiger Branchen-Organisationen zu Industrie-Verbänden im Interesse der Gesamtheit gewerkschaftlich kämpfender Arbeiter für notwendig. Besonders dann, wenn ein erheblicher Teil der für die auf handwerksmäßige Grundlage aufgebauten Branchen-Organisation in Frage kommenden Arbeiter in Großbetrieben beschäftigt ist.

2. Eine auf die Dauer befriedigende Abgrenzung des Wirkungsbereiches der einzelnen Organisationen ist mit Rücksicht auf

einige mit Freuden gethan hätten, waren von vornherein abgelehnt und die Dugende von Gardeoffizieren, mit denen er geprahlt hatte — ja, wenn er sie so namentlich vornahm, einen nach dem andern, mußte er sich doch gestehen, daß die Aussicht, sie für seine Sache zu gewinnen, recht gering sei. Die würden dann doch auch seine Gründe erfahren wollen, wenn sie sich überhaupt auf etwas einließen. Konnte er diesen Herren, die ihm schließlich doch nicht gar so nahe standen, verraten, daß der verwünschte Serbe seine angebetete Lizi, seine sogenannte Schwester genastührt habe? Machte er dadurch die Sache nicht nur schlimmer? Jetzt wußte doch wenigstens nur Pastor Werkmeister davon. Der Pastor konnte den Ungläubigen und Verteidiger der freien Liebe auch nicht ausreihen — aber Geistliche dürfen mit Ehrenhändeln nichts zu thun haben. — Eine ganz verzwickte Lage war es, in die er sich da gebracht, das sah er jetzt wohl ein. Er hätte dem Kerl einfach eine Ohrfeige geben, dabongehen und das weitere abwarten sollen. Dann hätte er erhobenen Hauptes heimkehren dürfen mit dem Bewußtsein, die gekränkte Ehre seiner Damen gerächt zu haben. So aber . . . Es war doch ein entsetzliches Schicksal, siebzehn Jahre alt und Obersekundaner und dabei mit dem Mute des Löwen und dem Ehrgefühl des Edelmannes begabt zu sein!

Daheim hatten sie schon mit der Suppe auf ihn gewartet und er wurde für sein Zuspatkommen gescholten — vor JHM! Empörend! Aber die Stunde sollte kommen, wo sie ehrfürchtvoll zu ihm aufblicken sollte, als zu dem Rächer ihrer Ehre. Und während er die laue Suppe mit düster zusammengezogenen Brauen hineinlöpfelte, rauschte es leise durch seine Seele wie ferne Harfenaccorde und aus tiefsten Schmerzen geboren entrang sich seinem fiebernden Gehirn ein Gedicht, das also begann:

Mädchen, Mädchen, und du schlägst nicht die Augen nieder? Wenn du meiner Wunden pflegst, Errecken wir uns wieder!

H. nun hatten ihn also seine erste Manneskraft und sein erstes großes Herzleid zum Dichter gemacht! Er fühlte ordentlich, wie seine Seele sich weitete, wie er wuchs an innerer Bedeutung und wie die feinsten und edelsten Gefühle zu-

stehends empor kramten, gleich Kressensamen, den man mit ungelöschtem Kalk düngt. Er rückte und rechte sich auf seinem Stuhle, um sich in würdige Positur zu setzen. Man mußte es ihm doch ansehen, zum Donnerwetter, was er für ein Kerl war! Unbegreiflich, daß ihn niemand fragte, wo er denn eigentlich gewesen sei! Selbstverständlich hätte er es den schwachherzigen Frauen um keinen Preis verraten — aber wie wenig Menschenkenntnis mußten sie doch besitzen, um nicht zu bemerken, daß er unmöglich von einem gewöhnlichen Tiergartenpapiergang heimgekehrt sein könne. Oder sollten wirklich seine Wienen so wenig ausdrucksvoll sein? —

Schon bei Tische hatte die Majorin sich auffallend zerstreut gezeigt, viel geseufzt und sich öfters mit ihrem Lächlein die Augen betupft. Nachher hatte sie sich zu ihrer gewöhnlichen Mittagsruhe auf ihr Zimmer zurückgezogen, war aber schon nach einer halben Stunde, zum Ausgehen angekleidet, bei Lizi eingetreten und hatte ihr eröffnet, daß sie Pastor Werkmeister auffuchen wolle, um ihm ihre Zweifel und Sorgen anzuvertrauen. Bei ihrem Sohne guckte sie nur hinein, um ihm flüchtig adieu zu sagen.

Rudi war die ganze Zeit über in jenem engen Gemach herumgetrottet wie ein junger Bär im Zwinger und hatte hin und her überlegt und spintisiert, wie er sich wohl aus seiner vertrackten Lage am besten herauswickeln könnte, ohne daß jedoch die Erleuchtung über ihn gekommen wäre. So bald aber seine Mutter fort war, litt es ihn nicht länger in jenem Gefängnis. Er ging in den Saal hinüber, wo des Festtags wegen geheizt war. Da hatte er wenigstens mehr Platz, seine Gedanken spazieren zu führen. Außerdem wollte er die Gelegenheit nicht unbenutzt lassen, um sich unbeobachtet ein wenig einzupauken, für den Fall, daß Herr von Kratochwil Schläger oder krumme Säbel der Pistole vorziehen sollte. Das Schwert, welches sein Vater im französischen Feldzuge geführt und welches als Wanddekoration in seinem Zimmer hing, nahm er mit hinüber. Die beiden tiefhängenden Lüstres, sowie der große Christbaum nahmen ziemlich viel Platz im Saal fort und er mußte daher sein Gesichtsfeld auf einen freien Raum vor dem Erker beschränken.

(Fortsetzung folgt.)

Vierter deutscher Gewerkschafts-Kongress.

G. Stuttgart, 21. Juni 1902.

Fünfter Verhandlungstag.

Nachmittags-Sitzung.

Legien eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß den Verhandlungen der zweite Bürgermeister Stadtmayer von Stuttgart beizuwohnt. Es wird in der Diskussion über den Punkt

Arbeitslosenversicherung

fortgeführt. Ritter-Verlin befragt einen Zusatz zur Resolution Elm, wodurch ausdrücklich ausgesprochen wird, daß die Gewerkschaften die Träger der Arbeitslosenversicherung sein sollen, ohne daß die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften irgendwie eingeschränkt werden dürfe.

Greulich-Bülich bittet, ihm das Wort zu gestatten, da er sich mit der Arbeitslosenversicherung sehr intensiv beschäftigt habe. Es sei von versicherungstechnischen Grundlagen gesprochen worden. Diese seien für die Arbeitslosigkeit gar nicht oder sehr schwer zu finden. Der Grad der Arbeitslosigkeit in einem gegebenen Moment sei zweimal in Deutschland festgestellt worden. In einer Grundlage für die Versicherung lange das aber nicht aus. Der Staat werde sich kaum dazu verstehen, Garantien zu übernehmen für die volle Befriedigung der Ansprüche wegen Arbeitslosigkeit. Deshalb erscheine ihm der Antrag Tischendorfer gar nicht gangbar. Es sei merkwürdig, daß der Sozialdemokrat Elm zur Reichsregierung mehr Vertrauen habe als der Nationalsozialist Tischendorfer. Aber das Vertrauen Elms sei in der That nicht von der Hand zu weisen. Es sei doch gar nicht ausgeschlossen, daß der Staat sich bereit erklärt, gegenüber dem schweren sozialen Uebel der Arbeitslosigkeit mit Unterstützungen einzugreifen. Es sei ihm hier eine gewisse Verzagttheit aufgefallen, die gar nicht an Blase liege. Der Kongress solle nur Forderungen an die Regierung stellen, freilich diese Forderungen genau überlegen und formulieren. Dazu sei eine Kommission erforderlich.

Leipart-Stuttgart: Ich habe das Gefühl, daß wir etwas verfehlt an die Arbeitslosenversicherung herangegangen sind. Würde die Resolution von Elm angenommen, so würde das für die Gewerkschaften ein Grund sein, die Arbeitslosenversicherungsfrage beiseite liegen zu lassen. Das ist für mich die gefährliche Seite der Sache. Die Gewerkschaften müssen vorerst alle die Arbeitslosenversicherung einziehen und ausbauen. Das muß ausdrücklich ausgesprochen werden. Deshalb muß der Antrag Elm angenommen werden, am besten muß der Aufforderung an die Gewerkschaften selbst, Arbeitslosenversicherung einzuführen, der Resolution Tischendorfer vorangestellt werden. Ich bin für Annahme der Resolution Tischendorfer, wenn heute überhaupt schon ein Beschluß gefaßt werden soll.

Wortmeldungen liegen nicht mehr vor.

v. Elm hält sein Schlusswort. Er wendet sich gegen die Einsetzung einer Kommission. Man könne doch nur allgemeine Grundzüge aufstellen. Mit dem Antrage Zule sei einverstanden. Er habe die Forderung des Ausbaus der Arbeitslosenversicherung innerhalb der Gewerkschaft für selbstverständlich gehalten und sie deshalb nicht in die Resolution aufgenommen. Er sei früher gegen eine Reichsarbeitslosenversicherung gewesen, er halte sie auch heute nur unter der Voraussetzung für gut, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter den Wert der Arbeitslosenversicherung erkannt haben. Das sei heute der Fall. Ihm sei die Hauptsache, daß heute schon der Regierung der Weg gezeigt wird, auf dem die organisierten Arbeiter sie haben wollen. (Sehr richtig!) Die Gewerkschaften haben die Arbeitslosenversicherung eingeführt, nicht um dem Staat eine Pflicht abzunehmen, sondern weil sie ihren Wert für uns erkannt haben, weil sie eine Rückenstärkung für unsere Leute bedeutet. Man hat das Schlagwort von der praktischen Gegenwartarbeit gebraucht. Ich bin gewiß sehr für praktische Gegenwartarbeit, man treibt aber oft damit Unfug. Ich war gegen Bedingungen enthalten waren, die das Koalitionsrecht der Arbeiter tangieren. Ohne völlige Koalitionsfreiheit keine Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. (Sehr richtig!) Tischendorfer sagt, Posadowski sei nicht für Koalitionsfreiheit, aber für Arbeitslosenversicherung zu haben. Jawohl, aber die Koalitionsfreiheit ist für mich die conditio sine qua non. Ohne Koalitionsfreiheit können die Arbeiter keine für sie brauchbare Arbeitslosenversicherung erlangen. In der Frage des Koalitionsrechtes giebt es für mich nicht die Möglichkeit eines Kompromisses. Fr. Zule hat schon auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die die Angliederung an die Krankenkassen mit sich bringt. Leipart ist trotzdem dafür. Der Kluge Leipart sollte doch bedenken, geschieht schon die Angliederung an die Krankenkassen, dann wird man die Gewerkschaften völlig ausschalten, deshalb schon ist für mich dieser Weg ungangbar. Leipart ist gegen die Heranziehung der Berufsvereine, weil damit der Widerstand des Unternehmertums gegen die ganze Versicherung nur gerät wird. Das Unternehmertum ist so und so gegen den Gedanken einer Arbeitslosenversicherung. Ich vertraue nur auf unsere eigene Kraft, nicht auf das gute Herz der Unternehmer, nicht auf Resolutionen von anderer Seite, sondern nur auf unsere wirtschaftliche Macht. Mag noch lange Zeit bis zur Erfüllung unseres Zieles vergehen, es ist von großem Wert, heute schon die Richtung anzuzeigen, in der wir uns die Verwirklichung einer Arbeitslosenversicherung denken. (Beifall.)

Der Antrag auf Kommissionsberatung wird abgelehnt. Die Resolution v. Elm mit den Abänderungsanträgen des Fr. Zule wird gegen acht Stimmen angenommen.

Ueber den Punkt

Das Koalitionsrecht der Eisenbahner

referiert Wirth-Dresden. Von ihm liegt folgende Resolution vor: In Erwägung, daß die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der deutschen Eisenbahner konform sind den wirtschaftlichen Interessen aller in Handel, Industrie und Landwirtschaft erwerbstätigen Personen,

in fernerer Erwägung, daß die wirtschaftliche Lage der Eisenbahner, ihre Ernährung und die Dauer ihrer Arbeitszeit, von Einfluß sind auf die Betriebssicherheit der Eisenbahnen und die Sicherheit weiterer Kreise der Bevölkerung,

daß ferner das nach § 152 der Gewerbeordnung allen Gewerbetreibenden, gewerblichen Gehilfen, Gesellen und Fabrikarbeitern gewährte Koalitionsrecht den Eisenbahnangestellten und Arbeitern abarbeiten der Eisenbahnverwaltungen streitig gemacht wird, in der Beseitigung des Koalitionsrechtes aber offensichtlich das Bestreben und Festhalten der Eisenbahnverwaltungen an rücksichtslos uneingeschränkter Ausbeutung des Personals zum Ausdruck kommt, beschließt der vierte deutsche Gewerkschaftskongress:

Es ist energig dahin zu wirken, daß von gesetzgeberischer Seite baldige Maßnahmen ergriffen werden, welche geeignet sind, den Eisenbahner das Koalitionsrecht unter allen Umständen zu sichern.

Der Kongress hält die Schaffung von Eisenbahnschiedsgerichten nach Art der bestehenden Gewerbegerichte mit Zuständigkeit für alle Eisenbahnbeamten und Arbeiter für notwendig.

Ferner verlangt der Kongress, ausgehend von dem Gesichtspunkt, daß jeder Mensch das Recht haben muß, seiner politischen Anschauung freien Ausdruck zu geben, daß aus den „Gemeinsamen Bestimmungen“ alle Vorschriften und Verpflichtungen, welche sich auf Gewinn und politische Betätigung der Eisenbahnbediensteten außerhalb des Dienstes beziehen, entfernt werden.

Gleichzeitig mit zur Verhandlung wird die folgende Resolution des Vorstandes der Deutschen Gärtnervereine betreffend

Regelung des Rechtsverhältnisses der Gärtner

gestellt: „In Erwägung, daß der Gärtnerberuf in Deutschland im letzten Jahrhundert seinen früheren landwirtschaftlichen Charakter abgestreift und sich zu einem bedeutenden Gewerbe entwickelt hat, welches bei der Gewerbezahlung des Jahres 1895 nicht weniger als 61 335 beschäftigte Personen mit technischer Ausbildung neben nur 22 248 nicht vorgebildeten Hilfspersonen aufwies;

daß weiter dieses Gewerbe hinsichtlich der Regelung seiner Rechtsverhältnisse weder der Reichsgewerbeordnung, noch sonst einer für den Abschluß von Arbeitsverträgen maßgebenden Reichsspecialgesetzgebung unterstellt ist, und daher unter einer für alle darin thätigen Personen höchst nachteiligen Rechtsunsicherheit leidet; daß infolge dieser Rechtsverwirrung die Gärtnergehilfen nicht nur zumeist der Vorteile des Gewerbegerichtsgebühres verlustig gehen, sondern auch außerhalb des Wirkungsbereiches der Arbeiterschutzgesetzgebung, der Sonntagsruhevorschriften, der Gewerbeinspektion und des Krankenversicherungszwanges gestellt werden und daß selbst ihr Koalitionsrecht bedenklich gefährdet erscheint,

fordert der vierte deutsche Gewerkschaftskongress die gesetzgebenden Körperschaften auf, durch unabweisende Gesetzesvorschriften die gewerbliche Gärtnererei der Reichsgewerbeordnung zu unterstellen.“

Der Referent weist auf die Schwierigkeiten hin, denen die Eisenbahner bei Gründung ihrer Organisation gegenüberstehen; er gedenkt des Hasses, mit dem die sich organisierenden Eisenbahner von Behörden wie Unternehmern verfolgt würden. Trotz all der Hindernisse habe sich aber der Verband der Eisenbahner konstituiert. Es sei jetzt Sache der übrigen Gewerkschaften, ihn zu schützen und zu fördern. Der Referent giebt ein anschauliches Bild der Maßregelungen und Verfolgungen, denen die Eisenbahner ausgesetzt waren. Die Behörden arbeiteten mit Hochdruck, drohten jedem Eisenbahnarbeiter, der dem Verband beitreten würde, mit sofortiger Entlassung. Namentlich in Sachen fanden Maßregelungen über Maßregelungen statt. Die sächsische Verwaltung habe Maßregelungen verfaßt auf Grund von Spitzelberichten. In einem Fall sei das Kind eines Eisenbahners in der Schule vom Lehrer gefragt worden, welche Zeitung der Vater lese. Auf das Kind sei so lange eingewirkt worden, bis das Kind gesagt habe, der Vater lese die Arbeiterzeitung. Daraufhin sei die Entlassung erfolgt. Traurig sei es, daß sich ein Lehrer zu solchen Diensten herbeigebe.

In längeren Ausführungen legt der Referent dar, wie notwendig gerade für die Eisenbahner das Koalitionsrecht ist. Er verweist auf die Mißstände in Bezug auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse und die schlechten Wohnungsverhältnisse. Er teilt mit, daß in der sächsischen Kammer die Löhne der Eisenbahner als zu hoch bemängelt worden seien. Bei näherem Zusehen stellte es sich heraus, daß 35 000 Mark, die auf Wunsch der Frau Generaldirektor für den Umbau der Generaldirektorswohnung verausgabt waren, im Etat unter die Löhne der Arbeiter geraten waren. Aus alledem gehe hervor, daß die Ausübung des Koalitionsrechtes eine Lebensnotwendigkeit für die Eisenbahner ist, und er bitte um Annahme der Resolution, Auch die Eisenbahner müßten ein würdiges Glied in der Kette der deutschen Gewerkschaften werden. (Beifälliger Beifall.)

Mit zur Verhandlung gestellt wird außerdem die folgende Resolution betreffend die

Rechtsverhältnisse der Straßenbahnangestellten:

„Durch den § 152 der Gewerbeordnung ist allen in gewerblichen Anlagen beschäftigten Gehilfen, Arbeitern u. d. Koalitionsrecht gewährleistet. Da auch die Straßenbahnen gewerbliche Anlagen sind, steht den in diesen Betrieben beschäftigten Arbeitern und Angestellten — weil Gewerbegehilfen — das Recht der Koalition ebenfalls zu.“

In Erwägung nun, daß anlässlich der Bewegungen der letzten Jahre seitens der Gerichte sowohl als auch von Mitgliedern der Regierung einzelner Bundesstaaten der Auffassung Raum gegeben worden ist, daß die Straßenbahner der Gewerbeordnung nicht unterstehen, beschließt der Kongress:

Seitens der gesetzgebenden Körperschaften sind Bestimmungen zu treffen, in denen klar zum Ausdruck gebracht wird, daß die Straßenbahnangestellten der Gewerbeordnung unterstehen.

Der Kongress hält weiter die Einführung von Bestimmungen, welche den Angestellten die Ausübung des Koalitionsrechtes in der Praxis garantieren, für unbedingt notwendig.“

Schumann-Berlin bittet um Annahme der Resolution. Er verweist auf die Straßenbahnerstreiks in Berlin, Hannover und Stuttgart und die bei den er genannten beiden Streiks zu Tage getretene, den Arbeitern feindselige Haltung des preussischen Ministers v. Thielen. In Stuttgart habe die Haltung der Behörden ein erfreuliches Bild gezeigt. Es müßte anerkannt werden, daß in der württembergischen Hauptstadt die Gemeinde wie das Ministerium für die Arbeiter eingetreten seien. Leider sei in Stuttgart das Amtsgericht mit seinem bekannten Urteil gegen die Stadtgemeinde der Straßenbahngesellschaft zu Hilfe gekommen.

M. v. H. Hamburg beleuchtet eingehend die Rechtsprechung in der beregten Angelegenheit und beschließt die Annahme der oben mitgeteilten Resolution.

Eine weitere Resolution, die von Frau Zieh-Hamburg begründet wird, verlangt vom Kongress energisches Eintreten dafür, daß den Landarbeitern das Koalitionsrecht gesetzlich gewährt werde.

In der Diskussion wendet sich Rudolph-Künnberg gegen den Passus in der Resolution Wirth, der die Schaffung von Eisenbahnschiedsgerichten empfiehlt, er hält die Unterstellung der Eisenbahner unter die Gewerbegerichte für besser.

Nachdem noch Wirth-Hamburg lebhaft für die vier Resolutionen eingetreten ist, schließt die Diskussion.

Der Passus über die Schaffung von Eisenbahnschiedsgerichten aus der Resolution Wirth wird gestrichen. Im übrigen werden sämtliche vier Resolutionen unverändert angenommen.

Ein Antrag der Frau Zherer, das Referat über die Hausindustrie drucken zu lassen und den Regierungs- wie Reichstagsmitgliedern zugänglich zu machen, wird zurückgezogen, nachdem Legien erklärt hat, daß das Protokoll mit einem Hinweis auf dies Referat den genannten Personen zugesandt werden soll.

W. a. s. i. Berlin referiert über die Anwendung des Erpressungsparagraphen gegen die ihr Koalitionsrecht ausübenden Arbeiter. Er weist auf die bekannte Verurteilung von Arbeitern durch ein Berliner Gericht wegen Erpressung hin, die erklärt hatten, daß sie mit einem andern Arbeiter, der der Organisation nicht beitreten wollte, nicht zusammen arbeiten wollten. Der eine Fall ist durch eine Verfügung der preussischen Minister des Innern und der Justiz an die Staatsanwälte veranlaßt worden. Die Gewerbeordnung bildet ein Sonderrecht für die gewerblichen Arbeiter, das ihnen genau vorschreibt, was sie thun oder lassen können. Die Gewerbeordnung verbietet nur Drohung oder körperlichen Zwang. Beides liegt nicht vor, wenn ein Arbeiter erklärt, mit dem und dem arbeite ich nicht zusammen. Man könnte ja sonst eine Weileigung konstruieren, wenn ein Arbeiter, weil ihm ein Arbeitskamerad nicht gefällt, das Arbeitsverhältnis löst. Hervorzuheben ist, daß hier nur der Arbeiter getroffen wird, nicht der Unternehmer. Die Führung schwarzer Listen ist bisher noch nie als Erpressung bestraft worden. Die Unternehmer werden wieder einmal nicht mit gleichen Maßen gemessen. Der Erpressungsparagraph darf nicht mit der Gewerbeordnung verquickt werden. Bleibt es bei dieser Auslegung, dann ist die Gewerbeordnung und mit ihr das ganze

Koalitionsrecht für uns hinfällig. Das ist hier ein kleines Buchhausgesetz. Nachdem das große Buchhausgesetz nicht gelungen ist, versucht man hinten herum seinen Zweck halbwegs anders zu erreichen. Ein energischer Protest ist notwendig. Suchen wir unsere heiligsten Güter zu wahren mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln. (Beifall.) Ich bitte Sie, die folgende Resolution einstimmig anzunehmen:

Der vierte deutsche Gewerkschaftskongress erhebt energischen Protest gegen die von richterlicher Seite ergangene Auslegung, die Ausübung des Koalitionsrechtes seitens der Arbeiter als Erpressung zu bezeichnen. Der Kongress erblickt in dieser Auslegung nicht nur eine der schmerzlichen Schädigungen der Arbeiterinteressen, sondern er ist auch der Meinung, daß das Koalitionsrecht der Arbeiter, welches ausdrücklich in dem § 152 der Gewerbeordnung den deutschen Arbeitern gewährt wird, durch diese richterliche Entscheidung gänzlich vernichtet wird.

Durch ein derartiges, nach unserer Ueberzeugung ganz ungerechtfertigtes Urteil wird die deutsche Arbeiterklasse der Unternehmervöllerei vollständig preisgegeben und die Vertreter der deutschen Arbeiter haben daher alle Ursache, gegen richterliche Entscheidungen ihre Stimme zu erheben, die die Arbeiter nicht allein in der Verbesserung ihrer Lebenslage schwer schädigen, sondern auch ihre gesetzlichen Freiheiten vollständig unterbinden.

Der vierte deutsche Gewerkschaftskongress muß aber um so mehr gegen diese richterliche Entscheidung Verwahrung einlegen, als dem Unternehmertum gegenüber eine solche Praxis nicht besteht wurde. So ist die Pressung in Unternehmertum, Führung schwarzer Listen usw. noch niemals als Erpressung geahndet worden.

Was aber um so schärfer den Protest des Gewerkschaftskongresses gegen diese richterliche Entscheidung herausfordern muß, ist, daß die preussischen Minister der Justiz und des Innern die Staatsanwälte angewiesen haben, in dieser Richtung zu wirken. Diese Stellungnahme der beiden Minister ist einer vollständigen Knebelung der deutschen Arbeiterklasse gleich zu erachten.

Der vierte deutsche Gewerkschaftskongress erwartet daher von der deutschen Reichsregierung auf das Bestimmteste, daß sie diesen Urteilen gegenüber eine den Absichten des Gesetzgebers entsprechende Auslegung des Gesetzes bewirkt.“

Legien fügt hinzu: Sollte die Anwendung des Erpressungsparagraphen dauernd beliebt werden, so werden die Arbeitgeber den größten Schaden haben. Die Arbeiter werden künftig ohne jede Erklärung die Arbeit einstellen.

Sohn-Berlin teilt mit, daß die Mitglieder der Gewerkschaft der Zöfper unter der neuen Anwendung des Erpressungsparagraphen besonders zu leiden haben. Verschiedene Verfahren schwebten in der Berufungsinstantz; er hoffe, daß die Gerichte nach dem hier zum Ausdruck gelangten Protest in der Berufungsinstantz anders urteilen werden. Die Gerichte könnten doch nicht die Absicht haben, jeden Arbeiter als verworfenes Subjekt hinzustellen. Darauf laufe aber die Beurteilung von Arbeitern hinaus, die nur ihre Arbeiterehre wahren.

Solzhausen-Stuttgart teilt mit, daß die Anwendung des Erpressungsparagraphen Schule macht. In Oberswalde ist gegen einen Arbeiter, der organisiert war, aber seine Beiträge schuldig geblieben war, von den Arbeitsgenossen vorgegangen worden, damit er die von ihm übernommenen Pflichten erfüllte. Als er das nicht that und zwei Arbeiter erklärten, sie legten die Arbeit nieder, wurde Anklage wegen Erpressung erhoben. Die Untersuchung ist bereits abgeschlossen.

Die Diskussion schließt hiermit. Die Resolution Waffner wird einstimmig angenommen.

Ohne weitere Begründung und ohne Diskussion wird hierauf die folgende Protestresolution gegen den Zolltarif angenommen:

Die Belastung der notwendigen Lebensmittel mit Zöllen bildet das ungerechtfertigteste System der Besteuerung, weil es die Arbeiter ungleich härter trifft als die übrigen Volksschichten. Die Lebensmittelpreise sind deshalb grundräßig zu verwerfen. Noch verwerflicher ist das Begehren nach erhöhten Zöllen, um so mehr, als die Arbeiterklasse mit der ganzen Macht der Kapitalübermacht und der staatlichen Autorität behindert wird, ihr Arbeitsentkommen demart zu erhöhen, daß es ausreicht zu einer menschenwürdigen Lebenshaltung. Die Arbeiterklasse Deutschlands wird im Gegenteile so schlecht entlohnt, daß die geringste Verteuerung der Lebensmittel für sie gleichbedeutend ist mit einer Einschränkung des Konsums und danach auch mit einer weiteren Verschlechterung der Lebenshaltung.

Der vierte Gewerkschaftskongress, als Vertreter von annähernd 700 000 deutschen Arbeitern, protestiert daher mit aller Entschiedenheit gegen die von der Reichsregierung geplante und von den Agrariern noch überforderte Verteuerung des Brotes, sowie überhaupt gegen jeden Zoll auf Lebensmittel.

Der Kongress protestiert zugleich auch als die Vertretung der Arbeiterklasse Deutschlands als Produzenten gegen die gesamte Zolltarifvorlage, da infolge der Beunruhigung des gesamten Wirtschaftslebens, welche dieselbe im Gefolge gehabt, und durch die Erschwerung des Abschlusses von Handelsverträgen bei Annahme des Zolltarifes die Arbeiter auch als Produzenten am meisten geschädigt werden.

Es ist 6 Uhr. Da es aber wünschenswert ist, das Thema „Abgrenzung der einzelnen Organisationen gegen einander“, zu dem eine Anzahl Anträge vorliegen, noch heute zu erledigen, wird eine Pause von einer Viertelstunde gemacht und dann weiter getagt.

(Fortsetzung im Hauptblatt.)

Provinz und Umgegend.

Gr.-Osterleben, 20. Juni. (Wersamlungsbereich.) Am Sonnabend, den 14. Juni, um 8 Uhr abends, tagt die laufende Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins des Kreises Wanzleben (Bezirk Gr.-Osterleben). Die Bezirksleiter erstatteten über ihre Thätigkeit im Bezirk Bericht. Sodann kam die Antwort des Schulvorstandes auf die bekannte Beschwerde zur Verlesung, der Bescheid besagt, die Behauptung sei unzutreffend, daß die Kinder angewiesen sein sollen, Geld zur Beschaffung von Material zur Anfertigung von Handarbeiten zur Schule mitzubringen. — Nummern entpanden sich auf die Beschwerde über die Ungültigkeitserklärung der Wahl des Genossen Göcke noch eine Diskussion. Zum Schluß wurde beschlossen, einen Referenten „über die politische Lage“ zu bestellen.

Braunschweig, 22. Juni. (Zum Fensterpuherstreik.) Die in der Versammlung am Donnerstag gewählte Kommission hat am Freitag und Sonnabend mit der Firma Maximilian u. Co. Unterhandlungen gepflogen. Die Kommission hat sich durch Einschnahme überzeugt, daß die strittigen Punkte bereits in der alten Arbeitsordnung gestanden haben und ist zu der Ansicht gelangt, daß der Irrtum auf Seiten des Arbeiterausschusses bestanden hat. Infolgedessen wird die Arbeit am Donnerstag, den 24. Juni, wieder aufgenommen. Maßregelungen sollen nicht vorgenommen werden.

r. Burg, 22. Juni. (Die Stadtkerordnenersammlung.) beschloß in ihrer Sitzung vom 19. d. M. eine neue Aufsichtsteuerordnung, die auch eine Besteuerung

ber in den Restaurationen aufgestellten Musikautomaten vor-
sieht. Vorgeschlagen war zuerst ein Satz von 50 Pfennig
bis 3 Mark pro Tag der Benutzung, angenommen wurde
ein Antrag, die Kleinigkeit von 5 bis 50 Mark je nach Größe
des Orchesters zu erheben. Der Schikanierung der Wirte
ist durch diese Bestimmungen Thor und Thür geöffnet. Auch
Veranstaltungen, bei denen ein höheres Interesse für Kunst
oder Wissenschaft in Frage kommt, sind in Zukunft nicht
mehr steuerfrei. Die Abmessung der einzelnen Sätze ist in
das Belieben des Magistrats gestellt. Veranstalter von
Flottervorträgen mit Lichtbildern können also nach wie vor
vertrauensvoll in die Zukunft blicken.

Ein Antrag, die Gartenstraße noch in diesem Jahre zu
pflastern, wird angenommen. Der Bau eines Auskleide-
raumes für die Männerbadeanstalt wird noch verschoben.
Zur Beschleunigung der Anschlussarbeiten an die Kanalisation
wird die Anstellung eines zweiten Technikers beschlossen.
Zur Beschaffung eines Dampfessels für die Gasanstalt
werden 4000 Mark bewilligt. Zum Schluss wurde die
Haupt- und Staatsaktion der Sitzung, der Antrag des
Magistrats, die Pflasterkosten am Zweigischen Grundstück von
ungefähr 6000 Mark zu bewilligen, verhandelt. Dieser
Posten ist schon einmal abgelehnt. Die Herren Stadtverord-
neten hatten einem Terrainaustausch mit dem Fabrikbesitzer
Zweig zugestimmt, ohne an die Konsequenzen zu denken.
Als die Herren sahen, daß sie über richtiger die Steuer-
zahler der Stadt, die Gemeinten waren, wollte man zurück-
weichen und machte die Blamage dadurch noch größer. An
dem Betrage war nichts zu ändern, und schließlich hatte Herr
Zweig es einzurichten gewußt, daß er zu Pflasterkosten nicht
herangezogen werden kann. Die heutige Sitzung wird denn
auch, wie wir das ebenfalls schon voraus sagten, tapfer
zurück und bewilligte die Pflasterkosten. Das Facit ist nun
folgendes: Herr Zweig hat ein wohlhabenderes Grund-
stück ohne große Kosten. Die Stadt hat einen wertlos ge-
wordenen Platz, die Vertreter haben sich bis auf die Knochen
blamiert, und die Steuerzahler tragen die 6000 Mark
Pflasterkosten. Wunderbar, höchst wunderbar aber ist es,
wie oberflächlich hier seitens der ausschlaggebenden Faktoren
gearbeitet worden ist.

g. Halle, 21. Juni. (Der verfolgte Germania-
Verein.) Dem kürzlich bei einem Leichenbegängnis durch
die Polizei die Fahne weggenommen wurde, hatte vom Ober-
Polizei-Inspektor Weydemann, der früher Ehrenmitglied
des Vereins gewesen, auch ein Strafmandat erhalten, weil
er am Morgen des 29. April gegen 8 Uhr einem Kriegs-
kameraden zu seinem 70. Geburtstag eine Morgen-
musik gebracht hatte. Das Vereinsmitglied Kastellan Meißner
hatte die Musik bei der Polizei angemeldet, vom Ober-
Inspektor aber keine Erlaubnis erhalten. Der alte, mit
Orden geschmückte Herr wurde heute vom Schöffengericht zu
1 Mark Geldstrafe bzw. 1 Tag Haft verurteilt.

g. Halle a. S., 20. Juni. (Der gemäßigtere
Kriegerverein.) Die hiesige Polizei scheint jetzt einzu-
sehen, daß sie auch bei der Störung des Leichenzuges ge-
sündigt hat. Der Oberpolizeiinspektor Weydemann,
der sich allerdings auf den bekannten Erlaß, nach welchem
Kriegervereine nur mit Erlaubnis Fahnen tragen dürfen,
beruft, hat jetzt den Vorsitzenden des in Bann gehaltenen
Kriegervereins „Germania“ zu sich gerufen und ihm mitge-
teilt, daß der Verein die Fahne wieder tragen dürfe, wenn
er von der Fahnen Spitze den fliegenden Adler entferne und
die Germania wieder darauf setze. Das Entsetzen der
Polizei ist insofern interessant, weil nächstens die Inter-
pellation zur Beratung kommt und die Kriegervereins-Mit-
glieder sich in der „angenehmen“ Lage befinden, von Sozial-
demokraten gegen Mißgriffe der Polizei verteidigt zu werden.

v. Gommern, 20. Juni. (Eine Warnung für
Arbeitswillige.) Als im Jahre 1901 die Steinbruchs-
arbeiter einen schweren Kampf mit ihren Arbeitgebern führten,
leitete der Arbeiter Guyonoff bei dem Steinbruchbesitzer
A. Schröder Arbeitswilligen-Dienste; ja, noch mehr, er
reiste auch weiter, um für Herrn Schröder noch andere Ar-
beiter zu suchen, was ihm auch teilweise gelang. Guyonoff,
der schon ein alter Mann ist und dem es unter heutigen
Verhältnissen wohl schon oft schwer geworden ist, Arbeit zu
finden, hat gewiß geglaubt, durch alle diese Dienste dauernd
bei Herrn Schröder Arbeit zu haben. Aber hierin hat
er sich doch gewaltig getäuscht, denn am Montag, den
16. ds. Mts., wurde er plötzlich entlassen und obwohl er
schon mehrere Male wieder um seine Einstellung gebeten hat,
bis heute nicht wieder eingestellt. Sobald der Mohr seine
Schuldigkeit gethan hat, kann er gehen, ob Streikender oder
Arbeitswilliger.

Schönebeck, 21. Juni. (Von „wissender
Seite“) glaubt das Blauen Hirschfelders erfahren
zu haben, daß nicht mehr Genosse Albert Schmidt,
sondern Genosse Rechtsanwalt Landsberg im Wahlkreis
Salz-Wittenberge bei der nächsten Reichstagswahl kandidieren
wird. Hirschfelder hat sich wieder einmal einen Bären auf-
binden lassen. — An die Nachricht knüpft Herr Hirschfelder
festgebeugt die Bemerkung, unsere Partei würde wohl —
ganz gleich mit welchem Kandidaten — wieder eine Nieder-
lage erleiden. Wade ist groß und Hirschfelder sein Prophe-
zie, aber nicht alle Prophezeiungen treffen ein.

Schönebeck, 20. Juni. (Die „Neuesten Nach-
richten“ in Magdeburg) bemühen sich auch hier um den
Abkommenjag Tragfährer von dem „unparteiischen“
Blatte hierher transportiert und — unjourn verbreitet.

ow. Staffurt, 21. Juni. (Das Gewerbe-
gericht) ist nach Gruppen gewählt. Eine von diesen
Gruppen bildet das Baugewerbe, das von der Gewerbe-
gerichtswahl hätte ausgeschlossen werden müssen, wenn für
dasselbe ein Innungsgerichtsgericht errichtet wäre. Angesichts
dieses Umstandes macht es einen befremdlichen Eindruck,
wenn ein vor dem Gewerbegericht verurteilter Baugewerker
den Einwand der Unzuständigkeit erhebt, weil für das Bau-
gewerbe im Kreise Halle eine Innung bestünde, die ein

Innungsgerichtsgericht in Schönebeck habe. Noch befremdlicher
ist es, daß der Vorsitzende des Gewerbegerichts nicht in der
Lage ist, von Amtswegen diesen durchaus unbegründeten
Einwand zurückzuweisen.

Staffurt, 21. Juni. (Das Gewerkschafts-
kartell) nahm in seiner gestern abgehaltenen Sitzung die
Abrechnung über das Maifest entgegen und erteilte dem
Kassierer Decharge. Am 18. Juli soll Flugblattverbreitung
stattfinden. Ueber eine zur Verbreitung zu bringende
Broschüre soll in nächster Sitzung beschlossen werden. Das
Protokoll vom 4. Gewerkschaftskongress soll in 100 Exem-
plaren bestellt werden. Die Sitzungen sollen künftig pünktlich
beginnen. Nächste Sitzung am 18. Juli.

ow. Staffurt, 20. Juni. (Das blutige Ge-
secht) zwischen Wildbienen und einem Jagdhüter, von dem
wir in Nr. 85 berichteten, hat bei der Verhandlung vor dem
Schwurgericht in Dessau einen unerwarteten Ausgang
genommen, indem die Angeklagten Buch und Vorhardt
von der Anklage der verübten Tötung des Jagdaufsehers
Schönfuß in Warmisdorf freigesprochen und nur wegen Jagd-
vergehens mit 1 Monat Gefängnis bestraft sind, die als
durch die Unterjochungshaft verurteilt angesehen wurden. Der
dritte nur wegen Jagdvergehens angeklagte R ä h m e r wurde
wegen dieses Delikts als Vorbestrafter zu 2 Monaten Ge-
fängnis verurteilt. Die Geschworenen vermochten dem ein-
zigen Zeugen der That, dem Herrn Schönfuß, nicht zu
glauben, daß die Angeklagten auf ihn geschossen hätten. Die
Beschuldigten selbst behaupteten, daß sie Schönfuß nicht ge-
sehen hätten, daß er vielmehr ohne weiteres auf sie gefeuert
und den Buch verwundet hätte und daß sie dann alle drei
sofort fortgelaufen wären, Buch allerdings nur so weit, bis
er zusammengebrochen sei. Herr Schönfuß hat in der Ver-
handlung keine beneidenswerte Rolle gespielt.

ow. Staffurt, 22. Juni. (Ein merkwür-
diger Diebstahl) ist auf Fabrik I von Neustaffurt am
vorletzten Sonnabend, an welchem Tage Feierschicht war,
ausgeführt worden. Dort ist von einer Maschine ein großer
Treibriemen, wohl einen Centner schwer und daher von er-
heblichem Werte, gestohlen worden. Von derselben Maschine
ist schon einmal vor zehn Jahren der Treibriemen gestohlen
worden, ohne daß der Thäter bisher ermittelt wäre. — In
Bezug auf die Feierschichten auf diesem Werke finden die Ar-
beiter, daß sie zu ungleich verteilt werden. Es ist ja schon
sehr übel, daß an jedem Sonnabend gefeiert wird. Da aber
auch in der Feierschicht eine Anzahl Arbeiter beschäftigt
werden muß, so hält man es für nicht gerechtfertigt, daß
dazu immer dieselben Personen ausgewählt werden. Die
Arbeiter wünschen, daß sie zu dieser Beschäftigung in den
Feierschichten abwechselnd herangezogen werden. Es dürfte
der Betriebsverwaltung wohl ein leichtes sein, diesen Akt aus-
gleichender Gerechtigkeit auszuüben.

Wernigerode, 22. Juni. (Kirchturmspolitik.)
Die „Wernigeröder Zeitung“ schreibt:

Es ist nicht mehr daran zu zweifeln, daß die Wernigerode
und die Harzquerbahn unheimlich schädigende Bahnstrecke Wechsel-
dreiannen-Höhne gebaut wird. Leider ist der Stadt Wernigerode
der Bau nicht zu ersparen, daß sie es an der nötigen Energie
hat fehlen lassen, und daß sie sich nicht mit allen Kräften gegen das
Projekt gewehrt hat. Falls die Bahn gebaut werden sollte, wird
Wernigerode seine im Fremdenverkehr dominierende Stellung an
Blankenburg abgeben. In letzter Stadt herrscht denn jetzt auch
eitel Freude. Wahrscheinlich wird die Stadtverwaltung von Blanken-
burg einen hohen Beitrag zu den 2 1/2 Millionen betragenden Kosten
zusteuern. Unsere letzte Hoffnung ist die künftige Kammer. Die
Bahn Wechsel-dreiannen-Höhne muß künftliches Terrain durch-
schneiden. Daß die künftliche Verwaltung alles aufziehen wird, den
Schubau zu verhindern, ist bei der Haltung, die sie bisher in dieser
Frage eingenommen hat, nicht.

Es wäre bezeichnend für die Kulturwidrigkeit unserer
Zustände, wenn der Pseudomonarch von Wernigerode durch
sein Eigentum den Bahnbau verhindern könnte. Die komischen
Lokalherrscher des Stolberg-Moniteurs dürften bei dem
Publikum keinen Anklang finden, denn die neue Bahn würde
den Verkehr verbilligen und der Bau derselben vielen Arbeits-
losen Brot verschaffen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Erhängt hat sich am
Sonnabend in Schönebeck in der Nähe der Magdeburger
Kumparkation der Handlungsgehilfe K. Wujje aus Licherleben. —
In Schönebeck prügeln sich am vorigen Sonnabend auf
offener Straße zwei Damen. — Der Zug Güter — Magde-
burg, welcher bisher um 9 Uhr 43 Minuten abging, hat jetzt fol-
gende Fahrzeit: ab Gütern 9.50, ab Staffurt 10.00, ab Fördersdorf
10.09, ab Giedendorf 10.17, ab Eggersdorf 10.23, ab Elmen-Salze
10.29, ab Schönebeck 10.35, ab Wepherhüfen 10.45, ab Budau 10.53,
in Magdeburg 10.58. — Eine Schlägerei, bei der sogar Blut ver-
gossen wurde, fand am Freitag in Leopoldsdorf zwischen den
Mädchen an der Schafschwemme auf der Radetzke statt. — Vor
einigen Tagen tief morgens in Staffurt in der Salinenstraße
und auf dem Güterweg eine Frau um Hilfe, weil sie von
ihrem Mann mißhandelt wurde. Inzwischen wurde die Geprügelte
von dem zärtlichen Gatten eingeholt und ging gutwillig mit nach
Hause. — In Schönebeck hat die Frau des Diebes, welcher in
letzter Zeit hier viele Verbrechen ausgeübt hat, Wäsche getradet,
deren Güte und Reinheit den Nachbarn auffiel. Die darauf vor-
genommenen polizeiliche Untersuchung ergab, daß die gestohlenen
Gegenstände fast alle noch in der Wohnung waren. Der Dieb
ist der Schloffer Jona. — Auf dem Brocken ist es jetzt klar
und ziemlich warm geworden. — Der schwer verletzte Schu-
mann Samberger aus Wernburg hat jetzt im Krankenhaus
das Bewußtsein wiedererlangt und zu versetzen gegeben, daß als
Hauptbeteiligter an dem auf ihn verübten Anfall der verhaftete
Arbeiter Schumann in Betracht kommt. — Der Bahnhofs-
inspektor in Gütern wird demnächst umgebaut. — Die älteste Einwohnerin
von Schönebeck, Frau Johanne Schäfer, ist am Sonnabend
im 83. Lebensjahre verstorben. — Wohnungen auf der Königstraße
in Schönebeck haben ergeben, daß die Gasleitung an dem
schlechten Horizonten der angepflanzten Wäme nicht schuld ist.
— Der neue Radfahrweg zwischen Elbenau und Kahlen-
berge wird erst im Juli dem Verkehr übergeben werden. —
Zum Tode verurteilt wurde vom Kammergericht der Schmutzgericht
der Postgehilfe Götz, welcher mit der Frau des Bahnarbeiters
Gertur zu Ringender ein Liebesverhältnis unterhalten und den
Ehemann der E. im Walde erschossen hatte. Die Frau E. hatte
sich im Laufe der Verurteilung vergiftet. — Dem Dienstherrn
Sprach in Staffurt bei Lindau wurde von einem Pferde die
Nase abgerissen. — Von Hause entfernt hat sich in Ochers-
leben am Donnerstag der Schulknabe Wobitel. Am Freitag
wurde er in Gerdorf abgesetzt und seinen Eltern wieder zugeführt.
S. ist geistig nicht normal.

Bermischte Nachrichten.

— Das Personal der Pariser Oper. Aus einem offiziellen
Bericht über das Personal der Pariser Großen Oper geht hervor,
daß das Haus die ungeheure Zahl von 1530 Personen beschäftigt,
darunter 65 Sänger, deren Namen auf den Programmen er-
scheinen. Der Chor besteht aus 165, die Kapelle aus 109, das
Ballet aus 217 Personen; dazu kommen 277 Statisten. Weiter
gibt es 250 Maschinisten, deren große Zahl sich daraus erklärt,
daß die Bühne der Großen Oper sehr hinter den Fortschritten der
Neuzeit zurückgeblieben ist. 35 Leute besorgen das elektrische
Licht, und außer den Kostümzeichnern giebt es 82 Schneider und
Näherrinnen. Dazu kommen 37 Diener zum Platanwaschen, 17
Schreiber im Bureau und 28 Feuerwehrlente. Es ist nicht zu
verwundern, daß eine so hohe Gehaltsliste sogar den Staatszuschuß
von 640 000 Mark verschlingt, den die Große Oper erhält.

* Vorgefühl der Eze. Es scheint, daß bei dem Vulkan-
Ausbruch auf Martinique fast die ganze Tierwelt der Insel die
Kataklystrophe vorausgesehen hatte. Das Vieh wurde, wie in der
Londoner „Tit-Bits“ mitgeteilt wird, so unruhig, daß es sich kaum
mehr lenken ließ, die Hunde heulten in einem fort und zeigten alle
Symptome von Furcht, die Schlangen, die in der Nachbarschaft des
Vulkans in Unmengen hausten, verließen ihre Schlafplätze, und
selbst die Vögel stellten ihren Gesang ein und zogen von den Berg-
abhängen fort. Alles dies ereignete sich im April, mehrere
Wochen vor dem Ausbruch. All dies stimmt zu den Erscheinungen
in der Tierwelt, die nach Plinius dem Vulkan-Ausbruch, der
Pompeji verschüttete, vorangegangen sind.

Bereine und Versammlungen.

Gewerbegerichtsbeisitzer.
Am Freitag, den 20. Juni, fand bei Böhme eine Versam-
mlung der Gewerbegerichtsbeisitzer statt. Der Vorsitzende, Genosse
Gorgas, bedauerte, daß durch verschiedene Umstände eine ganze
Anzahl Beisitzer nicht an der Versammlung teilnehmen können.
Genosse Busch stellt den Antrag, die Versammlungen am Sonntag ab-
zuhalten, damit die Beisitzer zahlreicher erscheinen können. Nachdem
mehrere Redner gegen den Antrag Busch gesprochen, wird derselbe ab-
gelehnt.

Ueber ein vom Stadtrat Kaiser dem Genossen Gorgas
überreichtes Arbeitsvereinigungs-Formular wird in eine Diskussion
eingetreten. Das Formular enthält: 1. Tag des Arbeitsantrittes;
2. Höhe des Lohnes beim Arbeitsantritt; 3. die Dauer der täglichen
Arbeitszeit und ob für Ueberstunden und Sonntagsarbeit, soweit diese
zulässig sind, Zuschlag gezahlt wird; 4. eventuelle Kündigungsfrist.
Auch ist angeführt, daß das Arbeitsverhältnis vom Arbeitgeber sowohl
als vom Arbeitnehmer erst nach Fertigstellung der Stückarbeit gelöst
werden kann, wenn nicht gegenseitige Gründe zur sofortigen Entlassung
bzw. Niederlegung der Arbeit vorliegen.

Mit dem Inhalt des Formulars erklären sich die Beisitzer ein-
verstanden, da hierdurch viele Klagen schneller erledigt oder gar nicht
anhängig gemacht würden. Eine rege Diskussion rief der Punkt betr.
Fertigstellung der angefangenen Stückarbeit hervor. Eine Verringerung
wird jedoch nicht beantragt, vielmehr empfohlen, den Gewerkschaften
zu überlassen, Stellung zu dieser Arbeitsvereinbarung zu nehmen. Die
Arbeitsnachweis-Kommission wird beauftragt, vorstellig zu werden, daß
zum Verbandstage der Arbeitsnachweise auf Kosten der Stadt einige
Beisitzer der Arbeitgeber und Arbeitnehmer delegiert werden, sofern es
die Geschäftsordnung des Verbandstages zuläßt.

Die Verschleppung der einzelnen Klagen wird lebhaft kritisiert.
Die Versammlung ist der Ansicht, daß durch die Verschleppung die
Grundbedingung der Gewerbegerichte, schnell und billig zu arbeiten,
verloren ginge. Bedauert wird ferner, daß das Gewerbegericht
Kellnern, welche von einem Arbeitsvermittlungsinstitut engagiert
waren, aber dann nicht beschäftigt wurden, nicht zu ihrem Rechte ver-
half, sondern sie auf den Weg der Privatklage verwies, wogegen gleiche
Institute in ähnlichen Fällen, nach Angabe des Beisitzers der Gast-
wirtsgehilfen, von demselben Gewerbegericht verurteilt wurden.

Haudeputierte.
Am Freitag, den 20. Juni, abends 7 Uhr, tagte bei Böhme,
Kleine Klosterstraße, eine Haudeputierte-Versammlung der in Magde-
burg beschäftigten Bauarbeiter. Es waren 28 Deputierte erschienen.
Von 58 Fragebogen wurden 30 ausgefüllt wieder abgegeben. Der
Vertrauensmann Kollege F r e c h schildert den Unwesenden die Ver-
hältnisse wie sie bestanden haben, ehe die Organisation der Bauarbeiter
in Magdeburg vorhanden war. Diese besteht seit dem Jahre 1896:
vor dieser Zeit sind Löhne von 22—25 Pfennig pro Stunde gezahlt
worden; die Behandlung ist eine ganz menschenwürdige gewesen.
Heute haben die Bauarbeiter einen ganz bedeutenden Fortschritt gemacht.
Redner geht dann des weiteren näher auf die stattgefundenen Lohn-
bewegung ein und schildert, aus welchen Ursachen es möglich war, daß
den Bauarbeitern ein Lohnabzug von 2 Pfennig pro Stunde gemacht
werden konnte. Redner macht jedoch die erschienenen Haudeputierten
auf ihre Aufgaben als solche aufmerksam und erwähnt, daß die Unter-
nehmer selbst das Vorhandensein von Deputierten auf den Bauten
wünschen. Wenn die Deputierten ihre Aufgabe richtig erfüllen, so
können sie viel zur Stärkung und Festigung der Organisation bei-
tragen. Vor allen Dingen müßten die Kollegen die Agitation auf den
Bauten intensiver und sachlicher entfalten; bei eventueller Maßregelung
dieserhalb würden die in Not geratenen Kameraden von der Organi-
sation unterstützt. Nach kurzer Debatte wurde folgende Resolution
beantragt:

Die Versammlung ist mit den Ausführungen des Kollegen F r e c h
einverstanden und vertritt dafür zu sorgen, daß die Agitation auf
den Bauten energisch betrieben wird, um einen etwaigen Versuch,
im nächsten Frühjahr den Lohn zu reduzieren, mit Erfolg zurück-
zuweisen zu können.

Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Marktberichte.

Magdeburg. Erbsen (gelbe, zum Kochen) 19,00—24,00.
Speisebohnen (weiße) 18,00—36,00. Junfer 18,00—36,00. Ge-
fartofeln 5,50—7,00. Nichtstroh 6,50—7,00. Prummstroh 5,50
bis 6,00. Heu 8,00—9,00. Lyothium —. Alles für 100
Kilogramm. Rindfleisch im Großhandel 0,96—1,04, von der Leule
1,40—1,60. Bauschfleisch 1,25—1,30, Schweinefleisch 1,40—1,60,
Kalbfleisch 1,30—1,50. Hammelfleisch 1,30—1,50. Speck (geräucher) 1,60.
Eiweißter 2,00—2,50. Alles für 1 Kilogramm. Eier für
60 Stück 2,60—3,40.

Wasserstände.

+ bedentet über — unter Null.	
Elbe.	
Ort	20. Juni
Parabubis	+ 0,80
Brandeis	+ 0,59
Meluf	+ 1,20
Leinewitz	+ 0,88
Aufsig	+ 0,62
Dresden	+ 0,12
Torgau	+ 2,40
Wittenberg	+ 1,98
Hofslau	+ 1,45
Barby	+ 1,90
Schönebeck	+ 1,56
Magdeburg	+ 1,70
Tangermünde	+ 1,92
Wittenberge	+ 1,56
Dömitz, Pegel	+ 1,00
Bauenburg	+ 1,13
21. Juni	
	+ 0,79
	+ 0,83
	+ 1,40
	+ 1,03
	—
	+ 0,12
	+ 2,40
	—
	+ 1,71
	+ 1,96
	—
	+ 1,90
	+ 2,31
	—
	+ 1,01
	+ 1,14

Das war ein seltsames Schauspiel. Die Frau von Lorens, die er seit Jahren nicht mehr gesehen hatte, stand vor ihm. Sie sah aus, als hätte sie die Welt um sich herum vergessen. Er fragte sie, wie sie war, und sie antwortete, dass sie sich nicht mehr an die Zeit vor ihm erinnere. Er fragte sie, ob sie ihn noch liebte, und sie antwortete, dass sie ihn nicht mehr liebte. Er fragte sie, ob sie ihn noch vermisste, und sie antwortete, dass sie ihn nicht mehr vermisste. Er fragte sie, ob sie ihn noch suchte, und sie antwortete, dass sie ihn nicht mehr suchte. Er fragte sie, ob sie ihn noch erwartete, und sie antwortete, dass sie ihn nicht mehr erwartete. Er fragte sie, ob sie ihn noch liebte, und sie antwortete, dass sie ihn nicht mehr liebte. Er fragte sie, ob sie ihn noch vermisste, und sie antwortete, dass sie ihn nicht mehr vermisste. Er fragte sie, ob sie ihn noch suchte, und sie antwortete, dass sie ihn nicht mehr suchte. Er fragte sie, ob sie ihn noch erwartete, und sie antwortete, dass sie ihn nicht mehr erwartete.

Herr von Rouguern hatte sich Rougon angeschlossen. Nach der Suppe stieß er ihn mit dem Ellenbogen an und fragte ihn: „Saben Sie Clorinde beauftragt, Sie mit Marjy zu verjöhnen?“ Er gab ihm mit den Augen einen Wink und machte ihn auf die junge Frau aufmerksam, die an der andern Tischseite neben dem Grafen saß und sich mit ihm vertraulich unterhielt. Rougon zog ein unwilliges Gesicht, beschränkte sich aber darauf, die Achseln zu zucken. Dann that er so, als wenn er an ihr vorbeiblicke. Aber so sehr er sich auch mühte, gleichgültig zu bleiben, immer wieder fehlten seine Augen zu Clorinde zurück und spähten auf jede Geste, jede Bewegung ihrer Lippen, als wenn er die Worte ablesen wollte, die sie sprach. Da beugte sich Frau Combélot, die sich so nahe wie möglich zum Kaiser gesetzt hatte, zu ihm hin und fragte: „Erinnern Sie sich noch an diesen Unfall, Herr Rougon? Sie besorgten mir ja eine Trostschleife. Ein ganzer Beisatz meines Kleides war abgerissen.“ Sie suchte sich durch die Erzählung interessant zu machen, daß ihr Wagen eines Tages vom Landauer eines russischen Fürsten fast entzwei gefahren worden sei. Er mußte antworten. Das gab einen Augenblick in der Mitte der Tafel den Gesprächsruß ab. Alle Arten von Unfällen wurden angeführt, unter anderem auch erzählt, daß die Gattin eines Parfümerie-Fabrikanten in der Panorama-Passage vor die Kutsche mit dem Pferde gestürzt und einen Arm gebrochen habe. Die Kaiserin schrie bedauernd leise auf. Der Kaiser sagte nichts, hörte mit unergündlichem Gesichte zu und aß langsam. „Wo steht denn Deleslang?“ fragte Rougon nun Herrn von Rouguern. Sie sahen sich suchend nach ihm um. Endlich entdeckte ihn der Senator am Ende der Tafel. Er saß neben Herrn von Combélot in einer ganzen Herrenreihe und hörte sehr aufmerksam den unanständigen Erzählungen zu, die unter dem Schutz des allgemeinen Stimmengeräusches hier zum besten gegeben wurden. Herr de Rouquette hatte den Anfang mit der dröckigen Geschichte einer Kaiserin aus seiner Heimat gemacht; Chevalier Rusconi erzählte, welche persönlichen Eindrücke er von den Pariserinnen erhalten hatte; einer der beiden Maler und der Romanschriftsteller zogen in sehr unumwundenen Ausdrücken, aber leiser, als die anderen sprachen, über die Damen her, deren zu feste oder zu magere Arme ihren Spott herausforderten. Rougon aber saß da und wartete wüthende Blicke auf Clorinde, die sich immer lebenswürdig zum Grafen benahm, und auf den Dummkopf von Gatten, der wie blind da umher saß und würdig über die etwas starken Dinge lächelte, die er da zu hören bekam. „Warum hat er sich nicht zu uns gesetzt?“ fragte er leise. „Er ist weiter nicht zu befragen“, erwiderte Herr von Rouguern, „man sieht sich an diesem Ende der Tafel recht gut zu amüsieren!“ Dann fuhr er flüsternd fort:

Es war im Frühling ihrer Liebe. Um sie zu ergötzen und wohl auch, um seine Neigung für die Hofe zu befriedigen, hatte ihr der Graf außerordentlich pikante Details über gewisse höchste Persönlichkeiten mitgeteilt, zu deren vertrauester Umgebung er gehörte. Es hieß, daß Frau v. Lorens, eine sehr schöne und sehr eifersüchtige Dame, diese Briefe aufbewahrt hätte und sie wie ein drohendes Nacheschwert über Herrn von Marjy's Haupt hängen lasse. Als er die malachische Prinzessin heiraten mußte, gelang es ihm, sie von der Notwendigkeit dieses Schrittes zu überzeugen, schloß der Senator seine Erzählung. „Sie bewilligte ihm einen Honigmonat, dann aber that sie ihm zu wissen, daß sie, wenn er nicht wieder zu ihren Füßen zurückkehre, eines schönen Morgens die drei schrecklichen Briefe dem Kaiser auf den Schreibtisch legen würde. . . So hat er denn die Kette wieder aufgenommen. . . Er überhäuft sie mit Schmeicheleien, um die verdammten Briefe von ihr zurückzuerhalten.“ Clorinde mußte sehr lachen; die Geschichte schien ihr äußerst komisch. Sie konnte kein Ende im Fragen finden. Wenn der Graf also Frau von Lorens einmal hintergehe, würde diese dann imstande sein, ihre Drohung wahr zu machen? Wo bewahre sie denn die drei Briefe auf? Trage sie sie wirklich, wie man erzählen höre, mit Seidenbändchen im Korsett bei sich? Aber Herr von Rouguern wußte nichts mehr. Die Briefe habe noch niemand gelesen. Er kenne einen jungen Mann, der sich drei Monate lang zum Sklaven der Frau von Lorens gemacht habe, um von den Briefen Abschrift zu nehmen, es sei aber alles vergebens gewesen. „Zum Teufel auch!“ setzte er hinzu, „er wendet ja kein Auge von Dir ab, Kleine. Ach richtig! . . . Du hast ja seine Eroberung gemacht! . . . Hat er wirklich mit Dir auf dem letzten Ball im Ministerium beinahe eine volle Stunde allein geplaudert?“ Die junge Frau erwiderte nichts. Sie hörte nicht mehr zu; unbeweglich und stolz stand sie unter dem starren Blicke des Herrn von Marjy da. Dann blickte sie langsam empor, sah ihn ihrerseits an und wartete auf einen Gruß. Er näherte sich ihr und verbeugte sich. Nun lächelte sie ihn bald an. Sie wechselten kein Wort miteinander und der Graf kehrte in seine Gruppe zurück, wo Herr de Rouquette sehr laut redete und ihn bei jedem Sage „Se. Excellenz“ titulierte. Allmählich hatte sich die Halle doch gefüllt. Ungefähr hundert Personen, hohe Beamte, Generale, fremde Diplomaten, fünf Abgeordnete, drei Präsesen, zwei Maler, ein Romanschriftsteller, zwei Akademiker waren da, außerdem noch eine Menge von Hofkavalieren, Kammerherren, Adjutanten und Stallmeistern. Das leise Stimmengemurmel stieg zum Lichte der Kronleuchter empor. Die Hofleute gingen langsam auf und ab, während die zum erstenmal Geladenen sich nicht von ihrem Plaze rührten und nicht unter die Damen zu treten wagten. Die erste Stunde gegenwärtiger Verlegenheit gab den Gesichtern den Ausdruck verdrücklicher Würde; kannten sich doch manche gar nicht und standen hier so plötzlich vor der Thür des kaiserlichen Eßsaales vereint. Mitunter trat plötzlich

war im Frühling ihrer Liebe. Um sie zu ergötzen und wohl auch, um seine Neigung für die Hofe zu befriedigen, hatte ihr der Graf außerordentlich pikante Details über gewisse höchste Persönlichkeiten mitgeteilt, zu deren vertrauester Umgebung er gehörte. Es hieß, daß Frau v. Lorens, eine sehr schöne und sehr eifersüchtige Dame, diese Briefe aufbewahrt hätte und sie wie ein drohendes Nacheschwert über Herrn von Marjy's Haupt hängen lasse. Als er die malachische Prinzessin heiraten mußte, gelang es ihm, sie von der Notwendigkeit dieses Schrittes zu überzeugen, schloß der Senator seine Erzählung. „Sie bewilligte ihm einen Honigmonat, dann aber that sie ihm zu wissen, daß sie, wenn er nicht wieder zu ihren Füßen zurückkehre, eines schönen Morgens die drei schrecklichen Briefe dem Kaiser auf den Schreibtisch legen würde. . . So hat er denn die Kette wieder aufgenommen. . . Er überhäuft sie mit Schmeicheleien, um die verdammten Briefe von ihr zurückzuerhalten.“ Clorinde mußte sehr lachen; die Geschichte schien ihr äußerst komisch. Sie konnte kein Ende im Fragen finden. Wenn der Graf also Frau von Lorens einmal hintergehe, würde diese dann imstande sein, ihre Drohung wahr zu machen? Wo bewahre sie denn die drei Briefe auf? Trage sie sie wirklich, wie man erzählen höre, mit Seidenbändchen im Korsett bei sich? Aber Herr von Rouguern wußte nichts mehr. Die Briefe habe noch niemand gelesen. Er kenne einen jungen Mann, der sich drei Monate lang zum Sklaven der Frau von Lorens gemacht habe, um von den Briefen Abschrift zu nehmen, es sei aber alles vergebens gewesen. „Zum Teufel auch!“ setzte er hinzu, „er wendet ja kein Auge von Dir ab, Kleine. Ach richtig! . . . Du hast ja seine Eroberung gemacht! . . . Hat er wirklich mit Dir auf dem letzten Ball im Ministerium beinahe eine volle Stunde allein geplaudert?“ Die junge Frau erwiderte nichts. Sie hörte nicht mehr zu; unbeweglich und stolz stand sie unter dem starren Blicke des Herrn von Marjy da. Dann blickte sie langsam empor, sah ihn ihrerseits an und wartete auf einen Gruß. Er näherte sich ihr und verbeugte sich. Nun lächelte sie ihn bald an. Sie wechselten kein Wort miteinander und der Graf kehrte in seine Gruppe zurück, wo Herr de Rouquette sehr laut redete und ihn bei jedem Sage „Se. Excellenz“ titulierte. Allmählich hatte sich die Halle doch gefüllt. Ungefähr hundert Personen, hohe Beamte, Generale, fremde Diplomaten, fünf Abgeordnete, drei Präsesen, zwei Maler, ein Romanschriftsteller, zwei Akademiker waren da, außerdem noch eine Menge von Hofkavalieren, Kammerherren, Adjutanten und Stallmeistern. Das leise Stimmengemurmel stieg zum Lichte der Kronleuchter empor. Die Hofleute gingen langsam auf und ab, während die zum erstenmal Geladenen sich nicht von ihrem Plaze rührten und nicht unter die Damen zu treten wagten. Die erste Stunde gegenwärtiger Verlegenheit gab den Gesichtern den Ausdruck verdrücklicher Würde; kannten sich doch manche gar nicht und standen hier so plötzlich vor der Thür des kaiserlichen Eßsaales vereint. Mitunter trat plötzlich

die stetige Verschiebung der Arbeitermassen in den großen Industrieun- und durchführbar, sie liegt mit Rücksicht auf die gesamte wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands nicht im Interesse der Arbeiterklasse.

Die schiffel = Altkonferenz befürwortet folgenden Antrag des Vorstandes des Verbandes der Guttmacher:

Der Kongress wolle beschließen:
Von Mitgliedern, welche infolge Berufswechsels ordnungsgemäß aus ihrer bisherigen Organisation ausscheiden und einer anderen Organisation beitreten, darf kein Eintrittsgeld erhoben werden. Jede durch die Generalkommission vertretene Gewerkschaftskommission hat einen diesbezüglichen Passus in ihre Satzungen aufzunehmen.

Bürger = Hamburg begründet die folgende Resolution:
Die modernen Erwerbsverhältnisse bringen nicht nur einen starken Arbeitswechsel innerhalb eines gegebenen Berufs mit sich, sondern zwingen auch Arbeiter zum öfteren Berufswechsel.

Dieser Umstand führe häufig zu den verschiedenartigsten Missetätigkeiten und Differenzen zwischen den einzelnen Gewerkschaften hinsichtlich der allgemeinen Beitrags- und Unterstützungsverhältnisse. Es empfiehlt sich daher, zwecks Beseitigung solcher Missetätigkeiten zu beschließen:

1. Daß Arbeiter, welche ihre Arbeit oder ihren Beruf wechseln und Mitglied ihrer Organisation bleiben, für die Dauer des neuen Arbeitsverhältnisses denselben Beitrag an ihre Verbandskasse abzuführen haben; den die Mitglieder der für den betreffenden (neuen) Arbeitsberuf zuständigen Gewerkschaften zahlen;

2. Daß ferner solche Arbeiter auch die eventuell bei Streiks oder Aussperrungen von der für den neuen Beruf zuständigen Organisation beschlossenen Streik- oder Extra-Beiträge in gleicher Höhe an ihre Verbandskasse abzuführen und sich daraufhin einer Kontrolle unterziehen.

Daraus ergibt sich, daß
3. nach beendeten Kampfe im Abrechnungsverfahren die Gewerkschaften die von anderer Seite für ihre Mitglieder veranlagten Streik- oder Aussperrungs-Unterstützungen voll zurückerstatten.

Legien teilt mit, daß 80 Delegierte sich zum Wort gemeldet haben, ohne daß eine Verständigung durch die Debatte überhaupt möglich sei. Er könne nur sagen, was er bei jeder Erörterung der Frage gesagt habe, es müsse mehr Toleranz geübt werden. Nach der jahrelangen Erfahrung sage er, daß die Diskussion nicht zum Ziele führen könne. Die Nacht hindurch könne nicht getagt werden. Er meine, die beste Toleranz werde geübt, wenn nicht mehr länger diskutiert werde, sondern durch Abstimmung ein Resultat zu ermitteln versucht werde.

Reh = Hannover wendet sich gegen sofortigen Schluß der Diskussion, ebenso Eichhorn = Karlsruhe.

Brückner = Berlin beantragt, über alle die betreffenden Anträge zur Tagesordnung überzugehen.

Dieser Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

Nachdem Bismarck noch einmal, um jede Mißstimmung zu vermeiden, erklärt hat, daß die Resolution Busse nur den unläuteren Wettbewerb treffen sollte, aber nicht sagen sollte, daß jede Branchen-Organisation gegenüber den Industrie-Verbänden verwerflich sei (Beifall), kommt noch der Streitfall zwischen den Glasarbeitern und der „Holzarbeiter-Zeitung“ zur Besprechung. Es handelt sich darum, daß Köste in der „Holzarbeiter-Zeitung“ einen Artikel gegen den Glasarbeiterstreik geschrieben hat, ehe der Streik beendet war.

Nach Anhörung von Girbig = Stralau und Köste erklärt der Kongress die Angelegenheit für erledigt.

Erst gegen 11 Uhr war die Abend-Sitzung zu Ende.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 23. Juni 1902.

Achtung, Schneider! Bei der Firma R. Wehmer, Gottschalk Nachf., hier, Halberstädterstr. 106, sind Differenzen ausgebrochen. Die heute Abend im „Bürgerhaus“ stattfindende Versammlung wird sich mit dieser Angelegenheit des näheren befassen.

Achtung, Maurer! Wegen der Versammlungen des Sozialdemokratischen Vereins findet die für den 24. Juni anberaumte gewöhnliche Mitglieder-Versammlung am Dienstag, den 1. Juli, statt.

Wie du mir, so ich dir! denkt der Magistrat der Stadt Magdeburg und hat der Magdeburger Straßenbahn-Gesellschaft das von ihr zu Depotzwecken erpachtete drei Morgen große städtische Grundstück an der Herrenfruchtallee zum 1. Oktober d. Js. gekündigt und zwar mit Rücksicht darauf, daß der jährliche Pachtzins von 150 Mark nicht im Verhältnis zum Werte des Grundstückes steht, das die Gesellschaft vor einiger Zeit für den Preis von 100 000 Mark erwerben wollte. Falls sich keine bessere Verwendung findet, soll das Grundstück zur Anlage von kleinen Gärten ausgenutzt werden.

Sie werden wieder munter, nämlich die Kirchengemeinden, die sich mit der vom Magistrat festgesetzten Entschädigungssumme für entgangene Grabstellengebühren nicht zufrieden gegeben haben. Wie verlautet, hat die Kirchengemeinde St. Ulrich und Lewin gegen die Stadt Magdeburg auf Zahlung der ihr zustehenden Grabstellengebühr eine gerichtliche Klage erhoben. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß, wenn der Prozeß zu Gunsten der einen Kirchengemeinde entschieden wird, die anderen neun Gemeinden nachfolgen werden. Das kann nett werden.

Vom Innungsfriedhof. Die Glaser-Zwangsinnung hielt am Freitag Abend in der „Reichskrone“ eine außerordentliche Versammlung ab, in der es sich um Beschlüßfassung über die Auflösung der Innung handelte. Herr Stadtrat Lübbeckens war als Vertreter der Aufsichtsbeförde mit anwesend. Von den 31 Erschienenen stimmten 29 für, 2 gegen die Auflösung. Da nach den gesetzlichen Bestimmungen drei Viertel der gesamten Mitglieder für die Auflösung stimmen müssen, was bei 41 Mitgliedern 31 Stimmen bedeutet, so hat diesmal die Auflösung noch nicht ausgesprochen werden können. Eine Galgenfrist von vier Wochen sind der Zwangsinnung insolge dessen noch einmal zugebilligt.

500 Mark Belohnung werden demjenigen seitens des Herrn Regierungspräsidenten zugesichert, welcher Tatsachen zu bekunden vermag, die zur Entdeckung des Täters führen, der am 9. Juni cr. den Handelsmann August Kuhlmei auf der Chaussee bei Leitzkau durch einen Schuß in die Brust getödtet und beraubt hat.

Ein kurzes aber schweres Wetter, begleitet von starkem Sturm und einem gewitterartigen Regen, ging

am Sonntag nachmittag in der Zeit von 2^{1/2} bis 3^{1/4} Uhr über unsere Stadt. Dabei hatte der Himmel eine derartig dunkle Färbung angenommen, daß man meinen konnte, das letzte Stündlein dieser sündigen Welt sei gekommen. Eine wahre Panik ergriff die gerade unterwegs befindlichen Spaziergänger. Diverse weiße Kleider haben gestern die zweite Feuer- will sagen Regentaufer erhalten. Wie am vorigen Sonntag klärte sich das Wetter gegen Abend wieder auf.

Zur Automobil = Omnibus - Verbindung mit Groß = Ottersleben ist noch zu bemerken, daß Montag die Abnahme des Fahrzeugs zur Feststellung der Kontrollnummer seitens des Landratsamts von Wangleben erfolgen wird. Es schließen sich daran sofort die Probefahrten für das Personal. Die Eröffnung für den Verkehr mit dem Publikum soll Mittwoch früh erfolgen.

Abgestürzt. Am Sonnabend nachmittag stürzte der Zimmermann Friedrich Schlüter bei dem Neubau des Justizpalastes aus der 3. Etage herab, wobei er, zum Glück nur eine Verstauchung des linken Beines und des linken Armes erlitt. Der Verletzte fand Aufnahme im Subenburger Krankenhaus.

Schornsteinbrand. Am Montag vormittag 10^{1/2} Uhr wurde die Feuerwehr nach dem Grundstück Jakobberg 7 gerufen. Ein dort ausgebrochener Schornsteinbrand wurde durch Ableinen mit Kette und Kugel in kurzer Zeit beseitigt.

Im Naturheilverein Wilhelmstadt spricht am Dienstag, abends 8^{1/2} Uhr, im Saale des Köhlerschen Restaurants (Diesdorferstraße) bei freiem Eintritt Herr Hofe über: „Luft, Licht- und Sonnenbäder und ihre Bedeutung für die Gesundheit.“

Victoriatheater. (Coralis u. Co. Lustspiel in 3 Akten von Valabreque und Hennequin.)

Die Literatur hat diese neue französische Import-Komödie nichts zu thun; sie interessiert technisch nicht vom dramatischen, sondern vom mathematischen Standpunkt aus. Man muß staunen über die hervorragenden rechnerischen Kenntnisse der Verfasser, vermittelt derer sie die verschiedenen Größen z. B. usw., die sie zur Herbeiführung der tollsten Situationen gebrauchen, immer gerade im richtigen Momente kommen, gehen, verschwinden und wieder erscheinen lassen. Immerhin mußten die Verfasser schon die Maschinentheorie zu Hilfe nehmen, Verwandlungen der Bühne durch Druck auf einen Knopf, um den Wirrwarr völlig zu machen. Wenn man sich bemüht, während der Vorgänge auf der Bühne nicht denken, sondern nur einmal recht kräftig lachen zu wollen, so kann man bei Coralis u. Co. auf die Rechnung kommen.

Die Darstellung ist gut deutsch. Mit recht gemüthlicher Breite wird alles das vorgeführt, was uns die Franzosen mit wüthender Raschheit, so daß uns die hanebüchene Unwahrscheinlichkeiten weniger schwer auf die Seele fallen, vorspielen würden. Immerhin raste das Publikum gestern vor Vergnügen.

Kleine Chronik.

Die Leipziger Bank vor dem Schwurgericht.

Aus der Verhandlung vom Sonnabend ist hervorzuheben, daß Exner 1898 eine Unterredung mit dem damaligen Vorsitzenden seines Aufsichtsrats, Sachsenröder, hatte. Wie er erklärt, hegte er zwar kein Mißtrauen, sei aber wegen der allzu großen Disposition in Kassel ängstlich geworden. Nun wollte er auch mit dem Hause Bleichröder in Berlin wegen einer der Trebergesellschaft zu leistenden Hilfe Rücksprache nehmen, um das Unternehmen weiter auszubauen und in Betrieb zu setzen. Exner dachte damals in keiner Weise daran, daß die Leipziger Bank zu Falle kommen könne. Er sei für übernehmend erklärt worden, und Sachsenröder habe ihm aufs strengste untersagt, mit der Firma Bleichröder zu verhandeln. Die Verhandlung ist auf Dienstag vertagt.

Das Urteil im Prozeß Jacobi = Bernhard wurde am Sonnabend gesprochen. Das Gericht fand beide Angeklagten der Beleidigung schuldig und verurtheilte den Schriftsteller Georg Bernhard zu einer Geldstrafe von 600 Mark und den Stadtreisenden Hermann Lewinski zu 60 Mark. Genosse Bernhard war von seinen Gewährsmännern falsch unterrichtet worden. Der Wahrheitsbeweis ist daher als mißlungen zu bezeichnen.

Kleine Tageschronik. Der Ballon Person kam in Gewitter und mußte bei Kirchleugern unweit Osnabrück landen. — In Kauen bei Gleiwitz lösten sich, als die Schleuse des Nudassises wegen Ueberschwemmungsgefahr geöffnet werden mußte, während der Arbeit mehrere Balken los und rissen die zunächst stehenden Personen in die Fluten. Der Brandmeister wurde getödtet, mehrere Personen wurden verletzt. — In Nienberg verurtheilte das Schwurgericht den 22jährigen Metallarbeiter Schmidt, der sein drei Wochen altes uneheliches Kind mit konzentrierter Karbolsäure vergiften wollte, wegen Mordversuches zu sieben Jahren Zuchthaus. — Die Gölzinger Strafkammer verurtheilte den Direktor der Maschinenbauschule Schauer wegen wiederholter Unterschlagung zu 9 Monaten Gefängnis. — Professor Dr. Gustav Jäger, der bekannte Woll-Apotheker, feiert in Stuttgart am 23. d. M. seinen 70. Geburtstag. — Das Ermittlungsverfahren gegen den Schlächtermeister Wolf Lemay aus Ronik, jetzt in Berlin, wegen Ermordung des Gymnasialisten Ernst Winter, ist nach Beschluß des Straffenats beim Ober-Landesgericht Marienwerder endgültig eingestellt worden. — Die Hochwasserschäden in Desterreich = Ungarn haben einen sehr großen Umfang angenommen. — Der italienische Naturforscher Amadeo Guilanetti wurde in Triest = Neugüine von Eingeborenen ermordet. — Wegen Mordes verurtheilte das Schwurgericht in Mamel den Weitzer Heinrich Kobjahr aus Winge zum Tode. Er hat im September den sechs Wochen alten Sohn des Dienstmädchens Else Laurus, seiner Geliebten, vergiftet. Die Laurus wurde wegen Beihilfe zu sechs Jahren Zuchthaus verurtheilt.

Gerichts = Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 21. Juni 1902.

Gehlelei. Gelegentlich einer polizeilichen Hausdurchsuchung in der Behausung des schon öfter vorbestraften Drechlers Franz Grempe hier wurden verschiedene Fahrradteile sowie mehrere Fahrräder vorgefunden, von denen das eine am 20. August 1891 dem Fleischergehilfen Müller aus einem Hausflur gestohlen war. Ferner wurde dem vorbestraften Arbeiter Paul Schönebed hier, der mit Grempe verkehrte, ein Fahrrad beschlagnahmt, das am 24. August dem Kaufmann Dörre zu Neuhaldensleben aus einer Restauration gestohlen war, und welches Schönebed von dem Grempe gegen Verrechnung einer Darlehensschuld von 23 Mark angenommen haben will. Die gestohlenen Räder waren durch

darin vorgenommene Veränderungen ziemlich unkenntlich gemacht. Der Gerichtshof nahm auf Grund der Verhandlung gegen die beiden Angeklagten Gehler als erwiesen an und erkannte gegen Grempe auf 8 Monate Gefängnis, unter Anrechnung von 6 Monaten Untersuchungshaft, gegen Schönebed auf 3 Monate Gefängnis.

Konkursvergehen. Die Witwe Luise Habekus geborene Feldheim hier wurde wegen Konkursvergehens zu 80 Mark Geldstrafe verurteilt. Sie hatte unterlassen, Handelsbücher über ihr Möbelgeschäft zu führen und die jährliche Bilanz zu ziehen.

Nötigung. Am 23. April d. J. erfuhr der Schiffer Wilhelm Drogmann zu Werben, daß sein Bruder, der die Gemeindefchule besuchte, nachhaken solle. Drogmann eilte hin, rief die Schulthür auf und rief seinem Bruder zu, er solle nach Hause kommen. Während dieser weglief, packte Drogmann den Lehrer Stein an die Brust und hielt ihn fest. Der wiederholten Aufforderung, sich aus dem Schullehrling zu entfernen, leistete Drogmann erst Folge, als er gewaltthätig entfernt werden sollte. Der Angeklagte wurde wegen Nötigung zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt.

Unterschlagung. Der Schmitz Franz Dombrowski und dessen Ehefrau Marie geborene Engelbrecht zu Sudenburg hatten eine Anzahl Möbel auf Abzahlung gekauft und waren dafür 306 Mark schuldig geworden. Ohne Zahlung zu leisten, verpfändeten sie im März d. J. den größten Teil für 75 Mark und ließen sich hinterher auf den Pfandschein noch 10 Mark geben. In Anbetracht der Vorstrafen erhielt der Ehemann wegen Unterschlagung 2 Wochen, die Frau 1 Woche Gefängnis.

Unterschlagung. Die ledige Ida Frank aus Götze, vorbestraft, diente bei der Witwe Went hier und wurde am 23. November 1901 von ihr beauftragt, für 1,10 Mark Goldstücke zu kaufen. Statt diesen Auftrag auszuführen, ging sie zum Schuhmachermeister Ebert, erschwand sich auf den Namen der Dienstherrin zur Auswahl drei Paar Damenschuhe und reiste dann nach Hause. Unterm Wege verkaufte sie in Halle zwei Paar Schuhe für 2,50 Mark. Die Angeklagte trafen wegen Unterschlagung und Rückfallbetruges 8 Monate Gefängnis.

Letzte Nachrichten.

(„Herald“, Depeschen-Bureau.)

London, 23. Juni. Aus Pretoria wird gemeldet: Lord Milner hat gestern den Eid als Gouverneur von Transvaal geleistet. — Sämtliche Blätter besprechen die heute beginnende Krönungswoche, die Ausschmückung der Stadt, begrüßen die Gäste des Königs und erwähnen die Verteuerung der Lebensmittel. Ferner wird eine Kundgebung der Legitimisten verzeichnet, welche an die Mauern angehängt ist. Sie protestieren gegen die Krönung und sagen, daß nicht Eduard, sondern eine deutsche Prinzessin den Thron besteigen müsse.

Wien, 23. Juni. Eine hier gestern abgehaltene Versammlung von sozialdemokratischen Angehörigen nahm eine Resolution an, in welcher erklärt wird, daß die organisierte Gesellschaft vor keinem, eventuell auch nicht vor dem äußersten Mittel, dem Streik, zurückschrecken werde, um die Behörden zur vollständigen Einführung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe zu veranlassen. Nach der Versammlung versuchten die Teilnehmer einen Straßenumzug, wurden aber von einem starken Polizeiaufgebot gestreut.

Berlin, 23. Juni. Das Blumenmedium, die Monteursfrau Anna Rothe, ist am Sonnabend vom Untersuchungsgefängnis nach der Charitee gebracht worden, um auf ihren Geisteszustand beobachtet zu werden.

Berlin, 23. Juni. Von der Kriminalpolizei wird eifrig nach einem Postgehilfen Johann Teulker aus Köln gesucht, der nach Unterschlagung einer großen Summe flüchtig geworden ist.

Frankfurt a. M., 23. Juni. Die „Frankf. Hg.“ meldet aus London: Nach einem Telegramm der „Central News“ aus Schanghai wurde der chinesische Kreuzer „Kai-i-h“ gestern bei Yang-tse durch eine Explosion vernichtet. Das Schiff sank innerhalb 30 Sekunden. Nur zwei Mann wurden gerettet. 150 Mannschaften und Offiziere kamen um.

Krakau, 23. Juni. Nachdem neuerdings anhaltendes Regenwetter eingetreten, hat sich die Situation wieder verschlimmert. Die Weichel und ihre Nebenflüsse sind neuerdings im Steigen begriffen. Der Schaden, welchen sie an den Feldern, Brücken, Straßen und öffentlichen Gebäuden anrichten, ist sehr groß. In hiesiger Gegend ist eine große Anzahl Dörfer überschwemmt.

Sofia, 23. Juni. Auf einem von hier nach Schumla abgegangenen Postzuge wurde ein Postbeutel mit zahlreichen Wertbriefen, darunter ein solcher mit 60 000 Frank in Banknoten gestohlen. Von den Thätern hat man keine Spur, doch lenkt sich der Verdacht auf mehrere entlassene Bahnbeamte.

London, 23. Juni. „Daily Mail“ berichtet aus San Francisco: Ein großer Waldbrand wüthet augenblicklich im Staate Washington; zahlreiche Pächter mit ihren Familien sollen in den Flammen umgekommen sein. Es werden die größten Anstrengungen gemacht, um die in dem Bezirke liegende Stadt Enanelow zu retten. Ein Teil der Bevölkerung bestieg einen Zug, welcher mit Wolldampf die brennende Straße des Waldes durchlief. Mehrere Personen erlitten hierbei; andere trugen Verletzungen davon. Die von dem Zuge durchlaufene Strecke betrug 12 Kilometer.

Paris, 23. Juni. (Eig. Draht.) In politischen Kreisen wird versichert, daß der Kammer noch vor Beendigung der Tagung ein Antrag über die Festsetzung der französischen Grenzen zugehen wird.

Paris, 23. Juni. (Eig. Draht.) Der Abgeordnete und Priester Gayraud will in der Kammer den Ministerpräsidenten über die Disciplinierung einer Anzahl katholischer Geistlicher interpellieren.

Münster i. W., 23. Juni. (Eig. Draht.) In Sieneu wurde eine jugendliche Doppelmörderin verhaftet, welche ihr anvertraute Kinder ertränkt hatte.

Sittich, 23. Juni. (Eig. Draht.) In St. Nicolas fand eine blutige Schlägerei statt, bei welcher 3 Arbeiter durch Dolchstiche tödtlich verletzt wurden. Einen Augenzeugen rührte ansgesichts der grauen Situation der Schlag.

Bern (Schweiz), 23. Juni. (Eig. Draht.) In der Nähe der Stadt ereignete sich schon wieder ein schwerer Automobilunfall. Der Holländer Droboter fuhr mit seinem Automobil, in dem sich seine Frau und ein Mechaniker befanden, mit einem Wagen zusammen, wobei die Insassen herausgeschleudert wurden. Alle drei Personen wurden schwer verletzt.

Brief-Kommission!

Donnerstag Abend punkt 8^{1/2} Uhr

Sozialdemokratischer Verein für Magdeburg u. Umgeg.

Sechs Versammlungen

3472

Dienstag, den 24. Juni, abends 8 1/2 Uhr

in Magdeburg im Dreikaiserbund.	in Neue Neustadt im Weissen Hirsch.	in Alte Neustadt in der Krone.	in Buckau im Thalia-Saal.	in Sudenburg in der Zorbster Bierhalle.	in Wilhelmstadt im Luise-Park.
------------------------------------	--	-----------------------------------	------------------------------	--	-----------------------------------

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Vortrag. 2. Vereinsmitteilungen. 3. Vorbesprechung über die im Juli stattfindende General-Versammlung. 4. Anträge auf Ausschluß von Mitgliedern. 5. Verschiedenes.

Referenten: A. Fabian, H. Marckwald, Ad. Decker, H. Gaertner, A. Brandes, H. Schulz.

Der Vorstand.

Um recht zahlreichen Besuch dieser Versammlungen, zu welcher auch Nichtmitglieder freien Zutritt haben, ersucht

Burg. Oeffentliche Volksversammlung

Dienstag, den 24. Juni, abends 8 Uhr, im „Hohenzollernpark“.

Tages-Ordnung:

Der Gommerner Landfriedensbruchprozess und welche Lehren haben die Arbeiter daraus zu ziehen.

Referent: Reichstagskandidat C. Voigt, Gommern.

Um zahlreichen Erscheinen ersucht

3485

Der Einberufer.

Gewerkschaftskartell Halberstadt.

Dienstag, den 24. Juni 1902, abends 8 Uhr im „Odeum“

Konzert- und humoristischer Abend.

3503 Auftreten der beliebten Gesellschaft **Strzelewicz.**

Eintritt 25 Pfg. Eintritt 25 Pfg.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie bringt u. a. in Nr. 38 nachstehendes:

- F. Mehring, Etwas über Prinzipienpolitik.
- C. Hugo, Drei Schweizer Wohnungsfragen.
- M. Beer, Das neue landliche Ideal.
- K. Tschuppik, Die „Alldutschen“.
- B. B., Ueber die ökonomische Lage der Provinzschaffler.

Preis pro Nummer 25 Pfennig einzeln zu haben in der

Buchhandlg. Volksstimme.

Städtische Arbeitsnachweisstelle Magdeburg

unentgeltlich

Männliche Abteilung: Rathauskolonnen an der Johannisbergstraße
Weibliche Abteilung: Bei der Hauptwache Nr. 5.

Fernsprechanschluß: Rathaus Nr. 2150-2155.

Kostenlose Vermittlung von männlichen und weiblichen Arbeitkräften, sowie feinerem Personal nach hier und auswärts.

Geöffnet:

Männliche Abteilung: 8-12 Uhr vorm. und 3-6 Uhr nachm.
Weibliche 10-1 4-7

Arbeitsnachweis der Gewerkschaften

Unentgeltliches Ankaufsbureau

Fernsprech-Anschluß 1409.

Nur Werktags geöffnet: Vorm. 9-1 Uhr, nachm. 3 1/2-7 1/2 Uhr.

St. Klosterstr. 15, parterre. Eingang durch den Saal rechts.
Kostenlose Arbeitsvermittlung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber beiderlei Geschlechts sowie kostenlose Anstufung in Sachen der Unfall-, Invaliditäts- und Kranken-Versicherung, Privatwachen, Armenrecht, Mietverhältnisse, Dienstreisen, Schulungs- und Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Süßengutzel der Magdeburger Volksküchen Hauptwache 5 und Neustadt, Schmidtstraße 61.	Süßengutzel des Lehrerinnen- und Damenheimes Neustadt 1/2.
Dienstag: Kuchen mit Mandelstich. Mittwoch: Kohlraben mit Schweinefleisch. Donnerstag: Weiße Bohnen mit Mandelstich. Freitag: Schmorhuhn, Salzkartoffeln und Schweinefleisch. Sonntag: Saure Karloffelkuppe mit Kappensalat.	Dienstag: Braune Brühjuppe, gefüllte Zwiebeln oder Brotweinjuppe, Fleischbrühe mit Capersauce. Mittwoch: Brühjuppe mit Eiern, junge Kohlrabi mit Mandelstich oder Hirsenmilch, Leber mit Kartoffelsalat. Donnerstag: Karloffelkuppe od. Grützejuppe, Schweinefleisch mit Kartoffelsalat und Salzkartoffeln.

Burg. Sämtliche Modezeitungen

pro Anfang Juli — also die ersten Nummern des 3. Quartals — sind erschienen. Wir ersuchen um sofortige Erneuerung des Abonnements.

Buchhandlung Volksstimme

Modezeitungen müssen im voraus bezahlt werden.

Wir empfehlen:

War Jesus Gott, Mensch oder Hebermensch? Preis 15 Pfg.

Waren die Urdhriften wirklich Sozialisten? Preis 15 Pfg.

Das wahre Christentum als Feind von Kunst und Wissenschaft. Preis 15 Pfg.

Was haben die Armen dem Christentum zu verdanken? Preis 15 Pfg.

Christentum und Sozialismus. Preis 10 Pfg.

Buchhandlung Volksstimme.

Neue Fahrräder mit Laterne u. unter Garantie von 95 Mark an. Gebr. Fahrräder stets am Platz. Reparaturen werden billig ausgef. L. Nieber, Gr. Mühlstr. 9.

Verlangen Sie frei und umsonst Hauptkatalog über Parade-Fahrräder u. Zubehörteile, welche die besten u. dabei allerbilligsten sind. — Wiederverkäufer gesucht. — A. Rose, Magdeburg. Aehstes Nähmaschinen- und Fahrradgeschäft. — Gegr. 1863.

Für Brautleute
H. Raßbaum - Wirtschafft ganz billig Sänebergerstr. 22, r. part.

Ledertuchhosen
Neuheit!! 3352
Die Ware ist ohne jede Appretur vollständig fertig, lustig, weich und jauchend, dabei echt schwarz, angenehm im Tragen, von wirklichem Leder nicht zu unterscheiden.
G. Gehse
Johannisstraße 14.

Deutsch

richtig sprechen und schreiben durch Selbstunterricht von Dr. Heinrich Kube. Sprachlehre, Rechtschreibung, Musterbriefsteller. Preis 2 Mk. 4. Tausend. Zu haben in der Buchhandlung Volksstimme.

Konsumverein Barleben. 3492 Suchen zum sofortigen Eintritt einen fachkundig.

Lagerhalter. Bewerbungen sind zu richten an Wilhelm Heinrich, Geschäftsführer.

Viktoria-Theater. Dienstag, den 24. Juni 1902. Coralie u. Comp. Schwan in 3 Akten von Valabreque und Hennequin.

Staudesamt. Magdeburg, 21. Juni.

Aufgebote: Arbeiter Otto Lieberenz mit Emma Stöke hier. Lokomotivheizer Karl Ludwig Mag. Bandel hier mit Dorothea Maria Müller in Samersleben. Lokomotivheizer Otto Rind hier mit Franziska Wild in Salze. Schneider Nikolaus Burger in Köln mit Karoline Alwine Frieda Gerson in Buckau. Postbote Otto Bartels hier mit Minna Grothe in Jävenitz. Eheschließungen: Maschinist Otto Dathe in Gr.-Harthau mit Emma Körner hier. Cigarrenhändler Louis Eckoldt mit Friederike Udermann hier. Arb. Richard Bräner in Neustadt mit Bertha Lade hier. Tischler Friedrich Ullrich mit Martha Gepp hier. Tischler Max Peters mit Emma Höpfer hier. Rentner Jakob in Femersleben mit Witwe Theresie Vortmann geb. Krüger hier. Geburten: Otto, S. des Arb. Otto Kufforf. Anna, S. des Hansmanns Christ. Thrane. Elsa, S. des Feuerwehrmanns Ed. Pfeiler. Richard, S. des Heizers Wilhelm Guth. Erich, S. des Milchhändlers Karl Schulze. Alfred, S. des Handelsmanns Gustav Flohr. Herbert, S. des Werkzeugschmieds Gustav Lauenstein. Todesfälle: Martha, S. des Schuhmachermeisters Wilh. Pflug, 2 J. 4 M. 26 T. Margarete, S. des Malers Max Kraag, 1 M. 23 T. Unben. S. des Bädermeisters Otto Förster, 1 T. Elisabeth geb. Behne, Witwe des Müllers Wilh. Zobenhoff, 82 J. 5 M. 8 T. Bekha geb. Tag, Witwe des Fortif.-Sekretärs Friedrich Kubne, 60 J. 8 M. 3 T. Karl Hoffe, Kaufm. a. Gr.-Dörversleben, 31 J. 4 M. 27 T. Theodor Wedt, Privatmann, 81 J. 17 T. Elisabeth geb. Klipp, Ehefr. d. penf. Steuerassistenten Gottl. Wümel, 52 J. 7 M. 29 T. Totgeburten: L. unehelich, S. des Arb. Hermann Duchsstein in in Dreileben.

Buckau, 21. Juni.

Eheschließung: Arb. Hermann Gottfried Hofje mit Martha Elisabeth Müller hier. Todesfälle: Kurt, S. des Formeimeisters Max Wiegand, 1 J. 1 M. 2 T. Neustadt, 21. Juni. Aufgebote: Tischlermstr. Joh. Hub. Gebhardt mit Emma Elise Bartels. Eheschließungen: Instrumentenmacher Paul Müde mit Hermine Werther. Gelbgießer Walter Geher mit Anastasia Terzan. Geburten: Charlotte, S. des Brotkrümers Walter Schläge. Elisabeth, S. des Arbeiters Paul Wille. Käthe, S. des Maurers Gustav Krieger. Gustav, S. des Arb. Herrn. Karl Willwod.

Schönebeck.

Eheschließungen: Arbeiter Wilhelm Nagel mit Anna Wallmann. Kaufmann Moritz Fittke mit Johanne Fleischer. Geburten: Olga, S. des Arbeiters Christian Knep. Hulda, S. des Arbeiters Christian Knep. Todesfälle: Johanne Schäfer, unehelich, 97 J. 9 M. 2 T. Staffurt. Aufgebote: Bergarbeit. Paul Schmitz mit Emma Gersching in Leopoldshall. Zimmermann Otto Bod mit Minna Schwende. Fabrikarbeiter Heinrich Rlose mit Emma Krämer. Bergmann Wilh. Müller mit Martha Meyer in Schönebeck. Geburten: L. des Arbeiters Karl Bier. L. des Fabrikarbeiters Karl Willwod.

Faeger. Heinrich, S. des Arbeiters Emil Schweig. Gustav, S. des Gelbgießers Richard Biermann. Todesfälle: Euf, S. des Arb. Gustav Homann, 4 M. 17 T. Frieda, S. des Schmieds Karl Seif, 2 M. 5 T. Kaufm. Rob. Wolf, 38 J. 10 M. 3 T. Ehefrau des Arb. Herrn. Blich, Marie geborne Uebeler, 26 J. 7 M.

Cracau. Todesfälle: Unfalltöchterin Emilie Seyffert gen. Vorberg in Cracau, 80 J. 4 M. 28 T.

Westerhüsen. Geburten: Fritz, S. des Form. Otto Nebe. Margarete Anna, S. des Metallbrechers Gustav Kersten. Todesfälle: Fritz, S. d. Form. Otto Nebe, 5 St. Luise Alwine Wiesel geb. Deding, 19 J. 6 M. 18 T.

Aschersleben. Aufgebote: Eisenbeher Alfred Dreifeld mit Ida Buchheiser. Geburten: S. des Schlossers Wilhelm Wagner. L. des Arbeiters Paul Willert. L. des Fuhrmanns Friedrich Starke. S. des Schlachthofbuchhalters Hermann Lebenstedt. S. unehel. L. des Arbeiters Wilhelm Schütze. Todesfälle: Privatm. Friedrich Rood, 59 J. 6 M. 27 T. Arbeiter Gottlob Lampe, 76 J. 8 M. 4 T.

Burg, 20. Juni. Aufgebote: Kleinbahnarb. Karl August Hermann Born mit Witwe Nagel. Bertha Emma geb. Finke. Geburten: S. des Uckerbürg. Herrn. Grillmacher. S. des Fleischermeisters Friedrich Voigt. L. des Arbeiters Hermann Güte. L. des Arbeiters Gustav Deuschländer. Todesfälle: Frieda Emma Erna Seeger, 14 T. Luise Emma, S. des Buiders Gustav Schiller, 26 T.

Vom 21. Juni. Eheschließungen: Arbeiter Clemens Christ. Kimmel mit Pauline Auguste Amalie Scherbarth. Schloss. Adolf Hermann Joseph Jäger mit Marie Anna Reditz. Geburten: S. des Trompeters und Sergeanten Walter Schneidewind. S. des Schneiders Friedrich Andree. Todesfälle: Minna, S. des Arbeiters Wilhelm Kirchhoff, 5 J. Ehefrau des Arbeit. Andreas Kühne, Marie geb. Scholz, 33 J.

Halberstadt. Vom 18. bis 20. Juni. Aufgebote: Schmied Wilhelm Karl Körner in Aschersleben mit Auguste Luise Anna Kelle in Remberg. Grubenarb. Karl Gottfr. Köhler mit Marie Wilhelmine Grünwald in Hohm. Arbeiter Hermann Karl Günze mit Martha Selma Pauline Leidig in Ströbed. Schloss. August Bullert mit Minna Hofste. Barbierherr Herrn. Dthmar in Großkösche mit Marie Hofste hier. Eheschließungen: Arbeiter Karl Wolff mit Anna Rogge. Cigarrenfabrikant Ramillo Richter mit Minna Köster. Geburten: S. des Arbeiters Georg Schiderling. L. des Konditors Benjamin Ubler. Zwillingst. des Schuhmachers Ernst Belker. S. des Malers Karl Kühne. S. des Arbeiters Friedrich Siebert. S. des Schachtmeisters Robert Schöneberg. S. des Sparkassen-Affistenten Wilhelm Wollwage. S. des Dachdeckers Johannes Hohmeier. S. des Tischlers Wilhelm Schuler. S. unehel. L. unehel. L. des Schuhmachers Robert Rabald. L. des Arbeiters Robert Heimbrodt. S. des Tischlers Friedr. Bradmeyer. L. des Schloss. Friedrich Falley. L. des Cigarrenmachers Gustav Müller. Todesfälle: Anreuegehilfe Wilh. Feyertag, 22 J. 7 M. 2 T. Marie, S. des Handschuhmachers Ernst Hofang, 2 M. 8 T. Richard, S. des Malers Karl Kühne, 1 T. Ehefrau des Vorarbeiters Wilhelm Nebrn, Antonie geb. Helmer, aus Langenstein, 55 J. 1 M. 28 T. May, S. des Fabrikarbeiters Eduard Sachmund, 10 M. 11 T. Witwe Defurs, Johanne geb. Spillede, 67 J. 2 M. 24 T. Ernst, S. des Kutschers Wilhelm Besterling, 2 M. 5 T. Paul, S. des Fuhrherrn Hermann Heise, 1 M. 5 T. Maurer Wilhelm Erdmann aus Wienrode, 22 J. 4 M. 11 T. Kaufmann Ludwig Schrader, 45 J. 11 M. 22 T.